



**Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand**

Information

70. Jahrestag der Gründung der Deutschen
Demokratischen Republik

Mit Beiträgen von

Egon Krenz

Patrik Köbele

Hans Fischer

Frithjof Banisch

Andreas Maluga

Willenserklärung der Teilnehmer der OKV-Veranstaltung am 07.10.19

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, Oktober 2019

**Rede von Egon Krenz auf der Festveranstaltung des DDR- Kabinett - Bochum am
12.10.2019, zum 70. Jahrestag der DDR**

**Nicht das DDR-Erbe,
sondern Nazis und Neonazis sind eine Gefahr für Deutschland**

Liebe Freunde,
lieber Vertreter der Botschaft der Russischen Föderation,
über Ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung freue ich mich besonders. Vierzig Jahre DDR
wären ohne die Sowjetunion undenkbar gewesen. Übermitteln Sie bitte Präsident Putin, dass
die heute hier Versammelten und mit ihnen Millionen Ostdeutsche nie vergessen, dass 27
Millionen Sowjetbürger ihr Leben auch für unsere Freiheit und die Freiheit Europas vom
Faschismus gegeben haben.

Liebe Anwesende,
es gibt ein wunderbares Kinderlied, das wohl jeden DDR-Bürger begleitete. Von frühester
Kindheit bis zum Lebensende. Erinnert sei an jene Augenblicke, als der gut in der DDR
integrierte Kanadier Perry Friedmann mit seinem Banjo auf der Bühne stand und leise
anstimmte: „Kleine weiße Friedenstaube, fliege übers Land“, und endete mit der
Aufforderung: „Kleine weiße Friedenstaube, komm recht bald zurück“.

Sie kam nicht mehr zurück, die Friedenstaube. Das Lied ward nur noch selten gesungen seit
es die DDR nicht mehr gibt. Und sie mochte wohl auch nicht zurück kommen in ein deutsches
Land, das wieder Kriege führt, erst in Jugoslawien, dann in Afghanistan und in weiteren
Kampfeinsätzen mit mehr als 100 gefallenen deutschen Soldaten.

In 40 DDR-Jahren hat nicht ein Soldat der Nationalen Volksarmee fremden Boden zu
Kampfeinsätzen betreten. Undenkbar auch, dass ein Oberst der Nationalen Volksarmee wie
jener der Bundeswehr in Afghanistan einen Befehl hätte geben können, in dessen Folge allein
in einer Nacht mehr als 150 Zivilisten getötet wurden und der dennoch zum General der
Bundeswehr befördert wurde.

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Dieser Schwur von Buchenwald war das
Fundament, auf dem die Deutsche Demokratische Republik am 7. Oktober 1949 gegründet
wurde. Niemand kann die Wahrheit aus der Welt schaffen: Die DDR ist in der langen
deutschen Geschichte der einzige Staat, der nie einen Krieg geführt hat. Allein das
rechtfertigt, sich ihrer mit größtem Respekt zu erinnern. Dazu haben wir uns hier und heute
verabredet. Auch wenn Soldschreiber das verhindern wollten.

Wir - das sind sehr unterschiedliche Menschen, die sich ihr gelebtes Leben nicht von jenen
erklären lassen möchten, die schon immer Schwierigkeiten mit der Wahrheit hatten oder die
hier nie zu Hause waren - wir erinnern uns nicht als Nostalgiker, auch nicht als „Ostalgiker“,
einem Modewort, das nur benutzt wird, um unsere Erinnerung und Besinnung an Werte der
DDR zu denunzieren. Wir sind auch keine Ignoranten, die nicht sehen wollen, dass auch seit
1990 viel geleistet wurde. Wir glorifizieren die DDR nicht. Nein, wir sind wache
Zeitgenossen, die Erfahrungen in zwei gesellschaftlichen Systemen haben und dadurch gut
vergleichen können, was die DDR wirklich war und was ihr blinde Wut an Schlechtem
andichtet. Unter dem Strich war die DDR nach der Wiederbelebung kapitalistischer
Verhältnisse in Westdeutschland und dem Aufstehen alter Nazis die einzig vernünftige
Alternative zu einem Deutschland, das für zwei Weltkriege und die grausame faschistische
Diktatur verantwortlich war.

Zu ihrem Gründungsmotiv gehörte auch die deutsche Einheit. Es hätte die DDR nie gegeben,
wenn nicht zuvor der Separatstaat Bundesrepublik geschaffen worden wäre. „Dass ein gutes
Deutschland blühe, wie ein andres gutes Land“, hatte sich Bert Brecht gewünscht. Und

Bechers Text „Deutschland, einig Vaterland“ war der beste Gegenentwurf zu „Deutschland, Deutschland über alles.“

Dass es damals nicht zu einem einheitlichen Deutschland kam, liegt nicht nur, aber wesentlich an der alten Bundesrepublik. Als ihr Grundgesetz vorbereitet wurde, verkündete einer seiner Väter, „alles deutsche Gebiet außerhalb der Bundesrepublik ist als Irredenta [1], also als Gebiet unter Fremdherrschaft anzusehen, „deren Heimholung mit allen Mitteln zu betreiben wäre.“ Und: Wer sich dem nicht unterwerfe, hieß es, sei „als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen“[2]

Das Szenario also für den Umgang des westdeutschen Staates mit den Ostdeutschen stammt schon aus einer Zeit, als die DDR noch gar nicht existierte, als sie all die Untaten, die man ihr heute zuschreibt, noch gar nicht vollbracht haben konnte. Die Geburtsurkunde des Hasses auf die DDR war und bleibt der Antikommunismus, den Thomas Mann schon im vergangenen Jahrhundert eine Grundtorheit genannt hatte.

Es war Konrad Adenauer, der erklärte: „Was östlich von Werra und Elbe liegt, sind Deutschlands

unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung. Das Wort Wiedervereinigung soll endlich verschwinden. Es hat schon zu viel Unheil gebracht. Befreiung ist die Parole.“[3]

Was hängte man der DDR nicht alles an? „Russenknechte“ waren wir, „Vollstrecker Stalins Willen in Deutschland“, auch „Zonenheinis“ nannte man uns. Für Adenauer begann an Elbe und Werra Sibirien. Soviel Unsinn ließ sich dann nicht mehr aufrecht erhalten, als die UNO beide deutsche Staaten als gleichberechtigt anerkannte und 134 Länder mit der DDR diplomatische Beziehungen aufnahmen.

Da kam es dann schon einmal vor, dass beispielsweise der Vize-Chef der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Rühe, schwärmte: Ein Gespräch mit Honecker sei „angenehmer und konstruktiver als ein Gespräch mit der britischen Regierungschefin“.

Oder hochrangige bundesdeutsche Politiker aller Couleur ein Foto mit dem SED Generalsekretär als Hilfe für ihren Wahlkampf wünschten. Schließlich war es Helmut Kohl, der Honecker einen

„zuverlässigen Partner“ nannte und sein Nachfolger Gerhard Schröder sich vom DDR Staatsratsvorsitzenden regelrecht beeindruckt zeigte. In dieser Zeit schloss man dann auch völkerrechtlich bindende Verträge und empfing 1987 gar das DDR Staatsoberhaupt zu einem offiziellen Besuch mit allen diplomatischen Ehren.

Doch dann 1990: Man kehrte zurück zum irren Geschichtsbild der fünfziger Jahre, das nun immer

noch gilt und die politische Atmosphäre vergiftet. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung wiederholte in seinem Regierungsbericht eigentlich nur, was seit 29 Jahren Standard ist:

An allem, was in der Bundesrepublik nicht funktioniert, ist die „marode“ DDR Schuld, die angeblich nur Verbrechen und Schulden in die Einheit mitgebracht hätte. Dieser Mann war 1989 gerade einmal 13 Jahre alt. Dennoch erinnert er sich noch ganz genau daran, dass die Ostdeutschen das Pech gehabt hätten, „40 Jahre auf der falschen Seite der Geschichte gestanden zu haben“. Dieses Nachplappern geistloser Stereotype aus den Jahren des kalten Krieges stimmt nun aber keinesfalls mit den praktischen Erfahrungen sehr, sehr vieler Bürger aus der DDR überein. Wenn inzwischen nur 38 Prozent der Ostdeutschen die Vereinigung für gelungen halten und 57 Prozent sich gar als „Bürger zweiter Klasse“ fühlen, müssten sich doch die Regierenden endlich mal fragen, wo dafür die Ursachen liegen.

Als Gregor Gysi noch DDR-Bürger war, hat er in jener schicksalhaften Nacht als in der damaligen Volkskammer der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik deklariert wurde,

den Abgeordneten zugerufen: „Ich bedauere, dass die Beschlussfassung im Hauruckverfahren.. geschehen ist und keine würdige Form ohne Wahlkampfaktik gefunden hat; denn die DDR ... war für jeden von uns - mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen - das bisherige Leben. So wie wir alle geworden sind, sind wir hier geworden, und ich bedauere, dass der Einigungsprozess zum Anschluss degradiert ist.“ Dieser grundlegende Mangel macht sich bis heute bemerkbar.

Respekt will Angela Merkel laut ihrer Rede zum Einheitsjubiläum jenen entgegenbringen, die „Opfer des SED – Regimes“ waren und die gegen das Regime gekämpft hätten. Soweit so gut, wenn es sich um tatsächliche und nicht vermeintliche Opfer handelt. Das bedeutet aber in der Praxis eine weitere Ausgrenzung von Millionen Bürgern, denen die DDR Herzenssache war und die sich für ihren Staat ein Leben lang engagierten.

Frau Merkel ist offensichtlich entgangen: DDR-Bürger hatten nicht nur die Trümmer des Zweiten

Weltkrieges beseitigt, Städte und Dörfer wieder bewohnbar gemacht, wertvolle kulturhistorische

Bauten wieder errichtet, sondern auch zahlreiche neue Betriebe, Straßen, Stadtteile und Städte mit modernen Wohnungen, Schulen, Kinderkrippen und Kindergärten, Ambulatorien, Krankenhäusern, Sport- und Kulturstätten geschaffen. Es gab 1945 nichts, aber auch gar nichts, was die DDR hätte runter wirtschaften können

Es ist doch ein großer Irrtum, anzunehmen, die DDR sei vierzig Jahre gegen das Volk regiert worden. Es gab Jahre großer Zustimmung - wie beispielsweise beim Volksentscheid 1968 über die DDR- Verfassung, die nach gründlicher Volksausprache von 94,5% der Bevölkerung bestätigt wurde. Eine durch Volksentscheid angenommene Verfassung wurde 1990 gesetzwidrig ohne Volksentscheid aufgehoben.

Die Wahrheit ist doch: Es haben sich nicht zwei Staaten vereinigt, sondern der eine hat den anderen übernommen und bestimmt die Regeln. DDR-Bürger wurden nie befragt, ob sie das auch wollten. So etwas hat Langzeitfolgen. Was ich da im Zusammenhang mit dem 9. Oktober 1989 in den letzten Tagen in den Medien gelesen, gehört oder gesehen habe, zeigt: Je weiter wir uns zeitlich vom Ende der DDR entfernen, um so märchenhafter, wirklichkeitsfremder und boshafter werden die offiziellen Ausfälle gegen sie. Geht es nach den Meinungsführern des Politikgeschäfts, dann sind die früheren DDR- Bürger nur noch ein Millionenhaufen gegängelter Kreaturen, eingesperrt hinter einer Mauer mit einer schrottreifen Wirtschaft, umgeben von Mief und Muff und „Spitzeln“ der Staatssicherheit.

Heiner Müller, bestimmt kein unkritischer DDR-Bürger, hat dies sehr frühzeitig mit seinem Urteil entlarvt: „Der historische Blick auf die DDR“, schreibt er, „ist von einer moralischen Sichtblende verstellt, die gebraucht wird, um Lücken der eigenen moralischen Totalität zu schließen.“[4]

Die Kraft, das Geld und die Ressourcen, die man einsetzt, um die DDR zu denunzieren - eine ganze „Aufarbeitungsindustrie“ ist damit beschäftigt - wären sinnvoller angelegt für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass. Nazis, Neonazis und die Brunnenvergifter in der AfD sind eine Gefahr für Deutschland nicht das Erbe der DDR. Antisemitismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

In der DDR-Verfassung heißt es dazu im Artikel 6: „Militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass werden als Verbrechen geahndet“.[5]

Es gibt sehr viele Gründe für Enttäuschungen bei nicht wenigen Ostdeutschen. Einer davon ist: So - wie die DDR heute dargestellt wird - so war sie einfach nicht. Für eine große Mehrheit der DDR-Bürger war ihr Staat kein „Unrechtsstaat“. Die aufgewärmte Debatte darüber ist weiter nichts als eine Ablenkung von den Gebrechen der heutigen Gesellschaft. Wer über DDR-Unrecht spricht, braucht sich nicht zu rechtfertigen, warum die Regierenden

heute mit den vielen ernsthaften Problem nicht fertig werden, der kann ablenken von Niedriglöhnen, drohender Alters- und Kinderarmut, auch davon, wie rücksichtslos mit DDR - Biografien umgegangen wird.

Beim Werden und Wachsen der DDR gab es Siege und Niederlagen, Freude und Enttäuschung - leider auch Opfer. So sehr ich diese bedauere, bleibt doch wahr: Die Geschichte der DDR ist keine Kette von Fehlern oder gar Verbrechen. Sie ist vielmehr die Geschichte eines Ausbruchs aus dem ewigen deutschen Kreislauf von Krieg und Krisen, eines Aufbruchs für eine tatsächliche Alternative zum Kapitalismus, einer Absage an Faschismus und Rassenhass, Antisemitismus und Russenphobie.

Und weil sehr viele DDR-Bürger dem verbunden waren, ist die Degradierung der DDR zu einem „Unrechtsstaat“ in vielerlei Hinsicht auch eine Beleidigung derer, die sich zur DDR bekannten. Die DDR wollte nie sein wie die alte Bundesrepublik. Es ist daher auch dumm, sie nach den Maßstäben der Bundesrepublik zu bewerten.

Vor zehn Jahren hielt Bundespräsident Köhler auf einer Veranstaltung zum 9. Oktober 1989 die Rede, in der er unter anderem ausführte: „... Vor der Stadt standen Panzer, die Bezirkspolizei hatte Anweisung, auf Befehl ohne Rücksicht zu schießen. Die Herzchirurgen der Karl-Marx-Universität wurden in der Behandlung von Schusswunden unterwiesen, und in der Leipziger Stadthalle wurden Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt.“

Wie gruselig, wie furchteinflößend und welch ein Zeichen von Unmenschlichkeit der DDR!

Die Sache hat nur den Haken: So etwas hat es nie gegeben.

Fritz Streletz, der langjährige Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, und ich haben den Bundespräsidenten in Vorbereitung seiner Rede zum 30. Jahrestag der Leipziger Ereignisse in einem Brief gebeten, diese Unwahrheit richtig zu stellen. Aus eigenem Wissen und auf der Grundlage von geltenden Beschlüssen und Befehlen teilten wir mit: „In oder vor der Stadt gab es keine Panzer, auch existierte zu keiner Zeit ein Befehl zum Schießen. Weder wurden Herzchirurgen zur Behandlung von Schusswunden eingewiesen noch Leichensäcke bereitgelegt.“

Leider nutzte der Bundespräsident die Gelegenheit nicht, die immer noch verbreitete Lüge aus der Welt zu schaffen. An einer Stelle seiner Rede sagte er, die Geschichte wäre anders verlaufen, hätte nicht Gorbatschow die SED - Führung zur Zurückhaltung gemahnt. Es wäre gut gewesen, der Herr Bundespräsident hätte die Quelle für diese Behauptung benannt. Aus eigenem Wissen kann ich nämlich sagen: Eine solche Mahnung hat es nie gegeben. Sie war auch nicht notwendig. Selbst Gorbatschow schreibt in seinen „Erinnerungen“, dass die DDR-Führung „über hinreichend Vernunft und Mut verfügte, um keinen Versuch zu unternehmen, die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Blut zu ersticken.“[6]

Eine Mahnung Gorbatschows gab es am 10. November 1989. Sie war nicht an die DDR, sondern an Bundeskanzler Kohl gerichtet, alle nationalistischen Töne zu unterlassen, „Erklärungen aus der BRD, die vor diesem politischen und psychologischen Hintergrund abgegeben werden, die unter Losungen der Unversöhnlichkeit gegenüber der realen Existenz zweier deutscher Staaten Emotionen und Leidenschaften anheizen sollen, können kein anderes Ziel verfolgen, als die Lage in der DDR zu destabilisieren und die sich dort entwickelnden Prozesse der Demokratisierung und Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu untergraben“[7]

Es ist irre, die DDR nur von ihrem Ende her zu beurteilen. Es ist zudem eine Geschichtsfälschung, so zu tun, als wären die Leute im Herbst 89 schon für die Einheit Deutschlands auf die Straße gegangen.

Im Aufruf der Leipziger Sechs unter Leitung von Generalmusikdirektor Masur, der interessanter

Weise kaum noch erwähnt wird, lautet der Kernsatz: „Wir alle brauchen freien Meinungs austausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land“.[8]

Einer, der kürzlich für seinen Beitrag zur deutschen Einheit vom Bundespräsidenten ausgezeichnet wurde, Pfarrer Eppelmann, schrieb mir noch am 24. Oktober 1989 in einem persönlichen Brief, den auch Pfarrer Schorlemmer unterzeichnet hatte - Zitat - :

„Uns geht es um die Entwicklung von Demokratie und Sozialismus in unserem Land.“[9]

Ja, es gab natürlich auch die anderen, die sich nicht wohlfühlten in der DDR, die leider weg gingen oder sich selbst aus der Gesellschaft ausschlossen. Oder jene, die angeblich schon immer wussten, dass es nichts werden könne mit dem Sozialismus auf deutschem Boden. Oder auch jene, die damals besonders laut „Hurra“ riefen und nun mit Übereifer die vermeintlichen Vorzüge der neuen Macht beschreiben.

Ihnen und vor allen den Medien, auch dem Bundespräsidenten, müsste bei etwas mehr Realismus doch klar sein: Sie können nicht für alle Ostdeutschen sprechen. Wer sich für die DDR engagierte, tat dies doch in der Überzeugung, dem Guten in Deutschland zu dienen, hat seinem Staat viel von seiner Lebenskraft gegeben und hat ein Recht, dafür auch in der Bundesrepublik respektiert zu werden.

Wir haben 1989 eine Niederlage erlitten, eine bittere, die schmerzt - das ist wohl wahr. Aber wir sind nicht aus der Geschichte ausgestiegen. So wie sie heute ist, diese Welt, wird sie nicht bleiben. Der Kapitalismus wird nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Und dann werden wir sehen, wer am Ende auf der richtigen Seite steht. Wir werden es wahrscheinlich nicht mehr erleben, aber spätestens seit Thomas Münzer gilt: Die Enkel fechten' s besser aus. Diesen historischen Optimismus möchte ich mir gerne erhalten. Auch deshalb, weil es da noch weit im Osten ein Land gibt, das gerade den 70. Jahrestag seiner Volksrepublik gefeiert hat.

Unabhängig davon ist es aktueller denn je, endlich die Lebensleistungen der DDR-Bürger anzuerkennen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen, gleiche Renten für gleiche Lebensleistungen zu geben, die Strafrenten abzuschaffen und für alle Kinder und Jugendlichen

Chancengleichheit zu schaffen. Der Artikel Eins des Grundgesetzes - die Würde des Menschen ist unantastbar - muss für alle Deutschen gelten, auch für diejenigen, die für die DDR arbeiteten,

einschließlich der Mitarbeiter der Sicherheitsorgane. Ohne dies wird es noch Jahrzehnte dauern, bis die deutsche Einheit vollendet wird.

Wir sind nicht die ewig Gestrigen, für die man uns hält. Wir sind eher die ewig Morgigen. Wir

möchten, dass unsere Kinder, Enkel und Urenkel auf einem gesunden Planeten eine friedliche Zukunft haben. Deshalb gehen wir mit dem DDR - Erbe durchaus selbstkritisch um, aber vor allem selbstbewusst und nicht mit gebeugtem Rücken.

Gerade deswegen fragen wir uns auch, was die DDR geschichtlich auf deutschem Boden einmalig macht.

Als in den Nachkriegsjahren im Westen wieder alte Nazis Lehrer, Juristen oder Beamte sein durften, fand im Osten eine antifaschistisch - demokratische Umwälzung statt, die 1949 die DDR zum antifaschistischen deutschen Staat werden ließ.

In Vorbereitung darauf wurden 7136 Großgrundbesitzer und 4142 Nazi- und Kriegsverbrecher entschädigungslos enteignet.

520 000 ehemalige Nazis wurden aus öffentlichen Ämtern entfernt.

Am 30. Juni 1946 stimmten mehr als 72,00 % der Bürger Sachsens in einem Volksentscheid für die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher.[10]

In Ostdeutschland kam Junkerland tatsächlich in Bauernhand;

. Kein Nazi durfte Lehrer sein. In Schnellverfahren wurden 43 000 Frauen und Männer zu Neulehrern ausgebildet, die zwar manchmal - wie es damals hieß - nicht genau wussten, ob man Blume mit oder ohne „h“ schreibt - dafür aber Mut hatten, dem Ruf eines FDJ - Liedes zu folgen „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern, und heraus gegen uns, wer sich traut“.

Nazis durften kein Recht sprechen, Volksrichter wurden gewählt, Fakultäten entstanden, die dafür sorgten, dass Arbeiter und Bauern auf die Hochschulen kamen.

Schon 1952 waren über die Hälfte der Studenten Kinder von Arbeitern und Bauern. So etwas hatte es in Deutschland zuvor nie gegeben und es gibt es auch nach dem Ende der DDR nicht mehr.

Das Kriminelle an diesem Fakt ist: 40 Jahre nach Gründung der Arbeiter- und Bauernfakultäten wurden viele ihrer Absolventen, die inzwischen in der DDR hervorragende Wissenschaftler, Ingenieure, Mediziner, Juristen, Lehrer und anderes geworden waren, nicht selten gegen zweit- und drittklassige aus dem Westen ausgetauscht.

Wer kritisiert, dass heutzutage so wenig Ostdeutsche in Ostdeutschland etwas zu sagen haben, der darf nicht vergessen, was 1990 mit der ostdeutschen Elite gemacht wurde. Allerdings ein Begriff, den wir in der DDR kaum gebrauchten, weil wir die Gesellschaft nicht in Elite und gemeines Volk einteilten.

Es ist zu billig zu sagen, die Ostdeutschen hätten den Elitenaustausch gewollt. Ja, manche, die meinten, sie seien zu kurz gekommen, schon. Ich erinnere mich aber an ein Urteil eines nicht unbekanntenen westdeutschen Wissenschaftlers. Die DDR habe „fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzerrt, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt“, schrieb ein Arnulf Baring 1991.

Und weiter: „Ob sich heute dort einer Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal: Sein Wissen ist auf weite Strecken unbrauchbar [...] Wir können den politisch und charakterlich Belasteten ihre Sünden vergeben, alles verzeihen und vergessen. Es wird nichts nutzen; denn viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiterverwendbar. Sie haben einfach nichts gelernt, was sie in eine freie Marktwirtschaft einbringen können.“

Meines Wissens hat niemand aus der Bundesregierung solcher Dummheit widersprochen. Wie auch dem Slogan nicht „Leben wie bei Kohl und arbeiten wie bei Honecker“, was die Ostdeutschen quasi zu Schmarotzern erklärte oder dem Urteil, Ursache für rechtes Gedankengut im Osten sei das „Zwangstopfen“ in den Kinderkrippen der DDR. Nicht vergessen auch die Kampagne gegen die Roten Socken, in dessen Folge nicht wenige DDR - Bürger durch Selbstmord aus dem Leben schieden.

Obwohl dies nicht wenige waren, gibt es darüber in der Bundesrepublik nicht einmal eine Statistik.

Man kann sich bei diesen Verleumdungen nicht darauf zurückziehen, dass es sich um freie private Meinungsäußerungen handle. Was hatte doch Justizminister Kinkel am 23. September 1991 auf dem 15. Deutschen Richtertag in Köln gesagt?

Ich zitiere: „Sie, meine Damen und Herren, haben als Richter und Staatsanwälte ... eine ganz besondere Aufgabe...: mit dem fertig zu werden, was uns das vierzigjährige Unrechtsregime in der früheren DDR hinterlassen hat... Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat ...“[11]

Was bedeutete das?

Die Deindustrialisierung der DDR ging einher mit tiefen Kränkungen von DDR-Bürgern. Solche Kränkungen lassen sich schwer aus dem Gedächtnis streichen, auch an der Wahlurne nicht.

Herr Gauck, der oft von sich nur in der dritten Person spricht, rühmte die Auswechslung der Eliten gar mit den Worten: „Wir konnten nicht zulassen, dass die sozialistischen Globkes in ihren Ämtern und Positionen in Staat und Gesellschaft blieben“.

Dies war eine empörende Gleichsetzung von Tausenden entlassenen Lehrern und Wissenschaftlern, Juristen und Angestellten der DDR mit dem Mitautor des Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen. Schlimm genug, dass dieser Mann in der Bundesrepublik zum wichtigsten Politiker hinter Konrad Adenauer aufstieg. Wie weit aber muss jemand von geschichtlicher Wahrheit und Anständigkeit entfernt sein, der Globke heranzieht, um zu begründen, warum 1990 die Eliten der DDR ausgetauscht wurden?

Nach vorliegenden Untersuchungen wechselten die Nazis 1933 elf Prozent der Eliten des Deutschen Reiches aus. In Westdeutschland wurden 1945 lediglich dreizehn Prozent der Nazikader entfernt.

Nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik schickte die neue Herrschaft 85 Prozent der DDR-Eliten ins berufliche und damit nicht selten auch ins soziale Aus.

Als Herr Gauck zum Bundespräsidenten gewählt wurde, bekannte er schon im zweiten Satz seiner Rede: „Wir ..., die nach 56-jähriger Herrschaft von Diktatoren endlich Bürger sein durften. ... „

Gauck wirft 12 Jahre Hitler - Barbarei, 4 Jahre sowjetisch besetzte Zone und 40 DDR-Jahre in einen Topf. Faktisch werden die Ostdeutschen zu Menschen erniedrigt, die 1945 nur von braun zu rot gewechselt sind und kritiklos Diktatoren folgten. Dabei wird jede antifaschistische Gesinnung außer Acht gelassen.

Jedes Gleichheitszeichen zwischen dem Nazireich und der DDR verbietet sich schon angesichts von Auschwitz von selbst, angesichts des Blutzolls, den unter allen Parteien Kommunisten und Sozialdemokraten am höchsten entrichtet haben, angesichts von mehr als 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges.

Man bezeichnet hierzulande den deutschen Faschismus ja bis heute irreführend und verharmlosend als Nationalsozialismus. Dabei sollte inzwischen jeder einigermaßen gebildete Mensch wissen, dass der weder national noch sozialistisch war, sondern einmalig verbrecherisch und kapitalistisch.

Die schrittweise und durchaus widersprüchliche Überwindung der Naziideologie war eine der größten Leistungen der DDR, die wir uns von niemandem kleinreden lassen sollten.

Die DDR war die deutsche Heimstatt des Antifaschismus. Ein Globke, ein Filbinger, ein Oberländer oder auch ein Kissinger hätten in der DDR nie eine Chance auf ein Amt gehabt.

Ich habe mir oft die Frage gestellt: Warum eigentlich gingen Geistesschaffende und Künstler wie Bert Brecht, Anna Seghers, Arnold Zweig, Johannes R. Becher, Stefan Hermlin, Friedrich Wolf, Max Lingner, Lea Grundig, Theo Balden, Wieland Herzfelde, Helene Weigel, Hanns Eisler, Bodo Uhse, Erich Weinert, Ernst Busch, Ludwig Renn, Wolfgang Langhoff, Eduard von Winterstein, Hedda Zinner, Gustav von Wangenheim und viele andere nicht nach Westdeutschland, sondern kamen in die Ostzone bzw. später in die DDR?

Haben sie sich nicht gerade deshalb für die DDR entschieden, weil sie hier die Möglichkeit sahen, Krieg und Faschismus endgültig aus dem Leben der Menschen zu verbannen?

Brecht hat sich dazu unmissverständlich ausgedrückt: „Ich habe keine Meinung, weil ich hier bin“, sagte er, „sondern ich bin hier, weil ich eine Meinung habe.“

Einzigartig an der DDR war auch:

Ein Drittel Deutschlands war über 40 Jahre dem Zugriff des deutschen Kapitals entzogen. Das ist aus der Sicht unserer politischen Gegner die eigentliche Sünde der DDR, die niemals vergeben wird.

Nie mehr Bereicherung des einen durch die Arbeit des anderen - das war Verfassungsgrundsatz in der DDR. Niemandem war erlaubt, sich an der Arbeit des anderen zu bereichern. Der Mensch war nicht mehr des Menschen Wolf. Er war kein Marktfaktor, den

man wie eine Schachfigur hin und her schieben konnte. Nicht der Ellenbogen regierte, nicht der Egoismus, nicht das Geld, sondern schrittweise, wenn auch durchaus widerspruchsvoll, das menschliche Miteinander.

Vor einigen Tagen saß ich in einem Café, ein Mann vom Nebentisch reichte mir eine Serviette, die an meinem Tisch fehlte. Ich sagte: „O, das ist aber aufmerksam“. „Ja“, antwortete mein Gegenüber, „die Aufmerksamkeit füreinander, das Miteinander, das wir zu DDR - Zeiten kannten, ist verloren gegangen. Das Menschliche ist weg, seit es die DDR nicht mehr gibt“.

Das hat mich stark aufgewühlt - wie auch ein Brief, den mir ein 56 - jähriger Mann schrieb, der 1990 eine Firma gegründet hatte und mir nun auf zwei Briefseiten beschrieb, wie gut es ihm geht in der neuen Bundesrepublik. „Es scheint alles Bestens“, endete er sein Schreiben, „und doch bleibt tief im Herzen immer noch der Wunsch nach einer gerechten, friedlichen und vernünftigen Welt.“

Seit 1990 heißt es: „Aufbau Ost“. Sicher, es gab manches, was in der DDR im Argen lag, Wir investierten zu wenig im produktiven Bereich, manche Stadtzentren waren aus Mangel an Baumaterial und haltbarer Farbe ziemlich unansehnlich. Unsere Wünsche waren immer größer als unsere materiellen Möglichkeiten.

Die Ideale und die Realitäten klafften nicht selten auseinander. Die Bundesrepublik setzte ihre Ostbrüder und Ostschwestern Jahr für Jahr neu auf die Embargoliste, die uns vom wissenschaftlich - technischen Fortschritt in der kapitalistischen Welt ausschließen sollte. Unsere Startbedingungen waren alles andere als gut. Ganz Deutschland hatte den Krieg verloren. Die Ostdeutschen und später die DDR mussten allein dafür zahlen. Die DDR-Reparationsleistungen waren 25-mal höher als die der alten Bundesrepublik. Umgerechnet zahlte jeder DDR-Bürger 16 I24 DM für Reparationen, jeder Bundesbürger dagegen gerade mal 126 DM. Die BRD bekam den Marshallplan - die DDR zahlte für den Krieg. Das war eine ungleiche Arbeitsteilung. Manchmal denke ich heute: Dass wir es trotzdem 40 Jahre durchgehalten haben, das ist das eigentliche Wunder.

Doch:

Die DDR war 1949 zwar auferstanden aus Ruinen, aber sie war 1990 keine Ruine, kein Pleitestaat mit maroder Wirtschaft. Bis zuletzt wurde jede Rechnung auf Heller und Pfennig bezahlt, auch wenn die sich unwissend Stellenden und die Verleumder der DDR das immer wieder bestreiten.

Wie eine geheiligte Schrift behandeln sie permanent das vergilbte sogenannte „Schürer-Papier“, obwohl sie genau wissen, dass Gerhard Schürer und seine Mitautoren noch im November 1989 öffentlich die falschen Zahlen und ihre Irrtümer korrigiert hatten.

Es ist schwer zu verstehen, dass sie ihrem eigenen Geldinstitut, der Deutschen Bundesbank, misstrauen. Es gibt einen Bericht von ihr unter dem Titel Zitat - „Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989.“ Darin heißt es, dass Ende 1989, „die Nettoverschuldung der DDR betrug 1919 Milliarden Valutamark“, also umgerechnet in Euro nicht einmal zehn Milliarden. Von 10 Milliarden Euro geht kein Staat bankrott.

Indem man behauptet, die DDR sei bankrott gewesen, kann man verdecken, dass sich der wirkliche Kollaps der DDR-Industrie erst nach dem Anschluss der DDR an die BRD ereignete: Nach dem 1. Weltkrieg wurde gegenüber dem Vorkriegstand von 1913 noch 57 % produziert. Nach dem 2. Weltkrieg 1946 im Verhältnis zum Vorkriegstand von 1938 immerhin noch 42 %, 1992 auf dem Höhepunkt der Privatisierung des Volkseigentums gegenüber dem vorletzten Jahr der DDR nur noch 31 Prozent.

Das wirkliche Problem war 1990 nicht eine vermeintlich marode Wirtschaft der DDR. Wir hatten sicher auch Marodes, aber wir hatten auch viel Modernes. Wir hatten auch Kombinate, die Weltniveau produzierten. Wer Letztes bestreitet, behauptet damit ja auch, dass uns

bundesdeutsche Konzerne nur Schrott geliefert hätten, denn 40 % unserer Industrieanlagenimporte kamen aus der alten Bundesrepublik.

Der Kern des Problems 1990 war ein ganz anderer: Alles in der Wirtschaft gab es nun zweimal in Deutschland. Einmal musste sterben. Nicht nur, was eventuell marode war, sondern auch das Moderne. Das Sterben hat die Treuhand organisiert, aber nicht auf eigenen Antrieb. Es war politisch gewollt. Das Volkseigentum der DDR wurde verscherbelt. 85 % davon erhielten Eigentümer aus dem Westen, 10 % ging ins Ausland und knappe 5 % blieben im Osten.

Die Bundesrepublik übernahm von der DDR etwa 8.000 Betriebe, 20 Milliarden Quadratmeter

Agrarfläche, 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien, Forsten, Seen, 40.000 Geschäfte und Gaststätten, 615 Polikliniken, 340 Betriebsambulatorien, 5.500 Gemeindeschwesternstationen, Hotels, Ferienheime, das beträchtliche Auslandsvermögen der DDR, Patente, Kulturgüter, geistiges Eigentum und manches mehr.[12] Zum Beispiel den Berliner Fernsehturm, der nur deshalb nicht abgerissen wurde, weil das bautechnisch nicht ging; aber inzwischen das Wahrzeichen Berlins ist.

Und wo feiert die bundesdeutsche Elite heute ihre vermeintlichen Siege? Im Schauspielhaus Berlin, in der Semperoper Dresden und im Gewandhaus Leipzig - alles vom „maroden DDR – Staat“ bezahlt.

Die DDR hinterließ der Bundesrepublik keine Erblast in Höhe von 400 Milliarden DM - wie behauptet wird, sondern ein Volksvermögen von 1,74 Billionen Mark an Grundmitteln und 1,25 Billionen Mark im produktiven Bereich - ohne den Wert des Bodens und den Besitz von Immobilien im Ausland gerechnet. Angesichts dieser Fakten mutet es wie ein schlechter Witz an, die Treuhand und ihre Anleiter in der Bundesregierung von der Schuld für die Deindustrialisierung der DDR freizusprechen.

In den Berichten zum diesjährigen Tag der deutschen Einheit wird davon gesprochen, dass es gut sei - Zitat - „... dass wir uns mit unserer jüngsten deutschen Geschichte auseinandersetzen“. Das ist jedoch nicht wahr. Allgegenwärtig ist nur die DDR- Geschichte. Es wird aber höchste Zeit, sich im Kontext damit auch kritisch mit der Entstehung und Existenz der alten Bundesrepublik und ihrer Schuld an der deutschen Spaltung auseinanderzusetzen.

Die Jahre zwischen 1949 und 1990 waren doch nicht nur das „Wirtschaftswunder“ und das „Wunder von Bern“, nicht nur die DM und das eigene Auto, nicht nur die Italienreise und all die anderen Erfolgsgeschichten, die uns dieser Tage wieder aufgetischt werden.

Verdeckt wird, dass beispielsweise die separate Währungsreform 1948 das eigentliche Datum der deutschen Spaltung ist, wodurch die spätere DDR aus dem internationalen Wirtschaftsverkehr praktisch ausgeschlossen wurde.

Es gab doch in der alten Bundesrepublik nicht nur gewaltige Streiks, über die man heute kaum noch spricht, sondern auch tiefe gesellschaftliche Konflikte. Die KPD, die FDJ und andere fortschrittliche Organisationen wurden verboten, ihre Mitglieder gejagt, verurteilt und inhaftiert.

Am 11. Mai 1952 wurde das FDJ - Mitglied Philipp Müller auf einer Friedenskundgebung in Essen und am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg in Westberlin von der Polizei erschossen. Wie ein roter Faden zieht sich doch die Verfolgung Andersdenkender durch die ersten Jahre der Bundesrepublik. Notstandsgesetze wurden beschlossen und ein „Radikalenerlass“.

Wenn es also darum geht, auf welcher Seite der Geschichte jemand gestanden hat, habe ich als DDR-Bürger durchaus viele Fragen an die alte Bundesrepublik:

- Unterstützte sie nicht die schmutzigen Kriege, die Frankreich gegen Algerien und die USA in Indochina führten, die Vietnam in die „Steinzeit zurück bomben“ wollten?

- Machte sie nicht immer gute Geschäfte mit dem Apartheid -Regime in Südafrika, das Nelson Mandela verbannt hatte?
- Standen sie nicht immer an der Seite jener, die das Abenteuer in der Schweinebucht gegen das freiheitsliebende kubanische Volk oder auf Grenada unterstützten?
- Stand sie nicht immer an vorderster Stelle bei Waffenexporten in Krisenregionen?
- Hatte sie nicht exzellente Beziehungen zu den faschistischen Regimes in Spanien und Portugal?
- Gab es nicht ein heimliches Einverständnis mit den Putschisten in Griechenland 1967 und in Chile 1973?

Die DDR und die BRD standen über 40 Jahre in einem Bürgerkrieg, in einem kalten zwar, immer am Rande einer atomaren Katastrophe.

Als ich im Frühjahr 1990 noch unter dem frischen Eindruck der Herbstereignisse 89 stand, habe ich mir viele Fragen gestellt:

- . Werden nun etwa neue Mauern errichtet?
- . Mauern gegenüber linken Andersdenkenden?
- . Mauern gegenüber jenen Werten, die aus der DDR in den Prozess der deutschen Vereinigung eingebracht werden könnten?
- . Mauern zwischen den Deutschen und ihren Nachbarvölkern, dessen Sicherheitsbedürfnisse zu respektieren sind?
- . Mauern zwischen Deutschland und dem sozialistischen Kuba, das von den sozialistischen Ländern Europas allein gelassen wurde und sich seither mutig wehrt?
- . Mauern zwischen der NATO und der damals noch existierenden Sowjetunion?

Wenn ich mir diese Fragen nun fast dreißig Jahren später wieder beantworte, komme ich zu keiner anderen Erkenntnis als jener, dass die neuen Mauern dazu geführt haben, dass die Welt von heute so durcheinander geraten ist wie sie jetzt ist. Die Welt von heute ist ohne Sowjetunion und ohne die DDR weder gerechter noch friedlicher geworden.

Heute geht es um alles - um Sein oder Nichtsein, Krieg oder Frieden. Dass man in dieser Zeit immer noch das Feindbild DDR braucht, zeigt, dass die herrschenden Politiker keine wirkliche Vorstellung von der deutschen Einheit haben.

Man kann die deutsche Einheit vielleicht herbeimoralisieren, indem man die Realitäten nicht zur Kenntnis nimmt.

Man kann sie - wie sich zeigt - schlecht herbeifinanzieren, weil es außer Geld auch noch andere Werte gibt, herbeikriminalisieren, indem man die DDR als Irrweg denunziert, kann man die Einheit auf keinen Fall. Mehr Respekt für alle früheren DDR-Bürger wird nicht gelingen, solange man den Staat, auf dessen Boden diese Leistungen möglich wurden, verteufelt.

Die Mauer in Berlin ist weg. Sie wurde nach Osten verschoben, besteht nicht mehr zwischen NATO und Warschauer Vertrag, sondern zwischen der NATO und Russland.

Sie ist folglich dort, wo sie im Prinzip an jenem 22. Juni 1941 verlief, als die Sowjetunion überfallen wurde. Am Vorabend des diesjährigen Tages der Einheit kam eine neue, eine sehr beunruhigende Meldung: Die NATO plant für 2020 ein Manöver mit über 20.000 Soldaten. ... geprobt werden soll dabei eine schnelle Verlegung von Truppen nach Polen und ins Baltikum. Das heißt wieder, ran an Russlands Grenzen. Dass Deutschland dabei eine zentrale Rolle einnehmen soll, ist für mich eine geschichtsvergessene Schande.

Das ist nun wahrlich nicht die Wende, die 1989 auf den Straßen der DDR gefordert wurde. Dreißig Jahre nach der Öffnung der Grenzübergänge in Berlin sollte es heißen: Ohne Russland kann es keine europäische Friedensordnung geben. Aus der deutschen Politik muss die Russophobie verbannt werden. Deutsche Politiker müssen gegenüber Russland einen

anderen Ton anschlagen, der Freundschaft und Zusammenarbeit, nicht aber „Sanktionen“ und „Bestrafungen“ fordert.

Wie Euch wahrscheinlich aufgefallen ist, spreche ich nicht vom Scheitern des Sozialismus, sondern von einer bitteren Niederlage.

Ist das nur eine formale Frage? Für mich nicht. Scheitern hat etwas Endgültiges an sich, Niederlage ist eher etwas Zeitweiliges. Wenn der Sozialismus gescheitert wäre, könnte das ja auch bedeuten, dass er auch in Zukunft keine Chance mehr hätte und der Kapitalismus doch das Ende der Geschichte wäre. China beweist schon heute das Gegenteil.

Der erste Anlauf für eine ausbeutungsfreie Gesellschaft, die Pariser Kommune, überdauerte 72 Tage, der zweite Anlauf, die Oktoberrevolution, hielt 72 Jahre und die DDR 40 Jahre. Der dritte Anlauf wird auch in Europa kommen. Wann und wie - das weiß heute niemand. Die Erfahrungen der DDR – die positiven wie negativen - werden dabei auf jeden Fall von Bedeutung sein.

Und deshalb sage ich: Wehren wir uns auch weiterhin dagegen, unser sinnvoll gelebtes Leben in den Schmutz ziehen zu lassen, tun wir auch weiterhin das uns Mögliche, damit nie wieder - wie es in der DDR - Nationalhymne heißt - eine Mutter ihren Sohn beweint.

[1] Das Wort Irredenta steht auch für ein nicht befreites, unter Fremdherrschaft stehendes Gebiet. Siehe Manfred G. Schmidt „Wörterbuch zur Politik“, Alfred Kröner Verlag, 1995.

[2] Siehe: Verfassungskonvent vom Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948. Protokolle der Sitzungen der Unterausschüsse, Unterausschuss 1: Grundsatzfragen, Bundesarchiv (Koblenz).

[3] Konrad Adenauer, "Rheinischen Merkur" vom 20. Juli 1952,

[4] Vorwort von Heiner Müller, „Das Liebesleben der Hyänen“.

[5] Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968.

[6] Michael Gorbatschow „Erinnerungen“, Seite 711

[7] Mündliche Botschaft M.S. Gorbatschows an Bundeskanzler Kohl vom 10. November, die der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik unmittelbar vor der Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin (West) am 10. November 1989 an Helmut Kohl übermittelte.

[8] Aufruf der Leipziger Sechs vom 9 Oktober 1989.

[9] Brief von Friedrich Schorlemmer und Rainer Eppelmann an Egon Krenz vom 24. Oktober 1989, im Archiv des Autors.

[10] Die Zahlen stammen aus den Büchern „Illustrierte Geschichte der DDR“, herausgegeben Dietz Verlag Berlin 1984 und „DDR“, herausgegeben 1989 im VEB F. A. Brockhaus Verlag Leipzig.

[11] Justizminister Kinkel vor Staatsanwälten und Richtern auf dem 15. Deutschen Richtertag in Köln am 23. September 1991.

[12] Die Zahlen nennt Herbert Graf in „Ossietzky" 16/2018. Zahlen zur ökonomischen Situation der DDR stammen aus den Erinnerungen von Gerhard Schürer aus seinem Buch „Gesagt und verloren.“

Friedensstaat DDR

Rede des DKP-Vorsitzenden Patrik Köbele auf der Veranstaltung des OKV zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR

Ich habe nur 15 Minuten. In 15 Minuten kann man die DDR nicht würdigen. Deshalb vorab euch – uns allen – einen Glückwunsch zum 70. Geburtstag der Deutschen Demokratischen Republik.

Ja, sie ist untergegangen, weil sie am Ende zu schwach war. Das machte die Konterrevolution möglich. Trotzdem ist sie bis heute mehr als ein Stachel im Fleisch der herrschenden Klasse. Sie lebt, wie deren hysterischer Umgang mit der geschichtlichen Wahrheit zeigt. Sie lebt, wie deren anhaltende Verfolgung, Delegitimierung, Bestrafung von allem, was DDR war, zeigt. Die BRD spricht von der DDR als Unrechtsstaat und zeigt damit ihren Charakter als Klassenstaat.

Ich werde mich im Folgenden nur einem Aspekt der Existenz der DDR widmen – allerdings den für die Menschheit zentralen, dem Aspekt der DDR als Friedensstaat.

Wie einem etwas fehlt, das merkt man leider oft erst, wenn es weg ist. Ja, auch mit dem Friedensstaat DDR ist es mir so gegangen. Noch waren keine zehn Jahre rum, da war mitten in Europa Krieg. So viel übrigens zum Thema, die EU hätte uns 70 Jahre Frieden gebracht. Jugoslawien wollte sich nicht völlig dem Imperialismus unterordnen und der deutsche Imperialismus wollte zeigen, dass er die Friedensfessel DDR losgeworden war, indem er sie sich einverleibt hatte. Er preschte also vor, erkannte Teilrepubliken an, um einen Vielvölkerstaat zu zertrümmern - selbst im Widerspruch zu seinen Imperialistenfreunden in Großbritannien und Frankreich.

Und dann war der Weg frei, auch militärisch wieder mitzumischen. Klar, wenn man in der Champions League der Imperialisten mitspielen will, muss militärische Beschränktheit abgelegt werden. Die Schnelligkeit hatte mich und uns damals doch überrascht. Dabei hatte meine Partei gar nicht zu denen gehört, die begonnen hatten, an eine Friedensfähigkeit des Imperialismus zu glauben, die nicht durch die Stärke des Sozialismus erzwungen war. Meine Partei hatte auch nicht die Illusion, die 1989/90 durchaus verbreitet war, dass mit dem Sieg über den Sozialismus in Europa, mit dem damit zuerst weitgehenden Wegfall der Systemkonfrontation der Frieden ausbrechen würde. Trotzdem hat uns die Schnelligkeit überrascht.

Das alles hätte es mit einer DDR nicht gegeben, vielleicht hätte es wirklich für 70 Jahre Frieden in Europa gereicht, ohne sie nicht – ein erster Beweis, dass sie ein Friedensstaat war.

Leider gibt es dafür auch sehr aktuelle Beweise. Die Werbung für die Bundeswehr, der neue Militarismus, den wir erleben, treibt immer neue Kriegstreiberblüten. Die neuen Plakate, der Schlipsträger mit der Losung „#Office“ suggeriert, Krieg könnte im Stehkragen geführt werden – widerlich. Schlimmer aber noch die Uniformierten mit der Losung „#Führen“, da fragt man sich doch, warum da nicht direkt „Führer“ steht. Nein, aus dieser Bundeswehr wird leider nie ein Aufruf wie der der „Soldaten für den Frieden“ hervorgehen, zu Hauf unterzeichnet von Generälen, Admiralen, Offizieren zu Hauf, allerdings von Offizieren der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik.

Wobei, es gab auch in der Bundeswehr Soldaten für den Frieden. Es waren meist meine Genossen, Mitglieder der DKP, die in den 80er Jahren zur Bundeswehr gingen, um den Friedensgedanken, den Friedenskampf auch dort zu verbreiten – sie wurden nicht Offizier, sie gingen in den Knast oder wurden unehrenhaft entlassen.

Der Aufruf „Soldaten für den Frieden“ ist ein weiterer Beleg, dass nicht nur die DDR ein Friedensstaat, sondern auch die NVA eine Friedensarmee war. Herzlichen Dank den Initiatoren und Unterzeichnern.

Wir leben im Krieg. In Syrien, in Afghanistan, in Afrika mischt die Bundeswehr mit. Wir stehen vor der Gefahr einer dramatischen neuen Eskalation - und Deutschland mischt mit. Das Säbelrasseln gegenüber dem Iran ist brandgefährlich, auch, weil man sich immer wieder an die Seite des kriegstreibenden Israels stellt. Stoppt die Drohungen gegen den Iran – Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Dieses Säbelrasseln hätte es mit einer DDR nicht gegeben. Stattdessen gab es die Solidarität mit den Palästinensern.

Man zieht ganz schnell mit Trump, dem US-Imperialismus und der NATO an einem Strang. Plötzlich gibt es keinen Unterschied zwischen den sonst zerstrittenen Imperialismen Frankreich, Großbritannien und Deutschland. Plötzlich hat man keine Probleme mit dem Verstoß gegen Menschenrechte, die sonst immer als Vorwand für Kriege herhalten müssen und in deren Namen schon mancher angebliche Diktator liquidiert wurde – nein, Saudi-Arabien ist ja ein Hort der Menschenrechte, nach innen und mit seinen Verbrechen im Jemen.

Mehr als Säbelrasseln ist die Osterweiterung der NATO: Es ist Vertragsbruch. Schlimm genug, schlimmer aber, sie ist Teil einer Umzingelungspolitik gegenüber der Russischen Föderation, aber auch gegenüber der Volksrepublik China, der die USA seit Obama mit einem „pazifischen Jahrhundert“ drohen.

Russland will man klein halten. Es ist zwar seit der Konterrevolution ein kapitalistisches Land, damit aber auch ein Konkurrent. Und dort ist der antifaschistische Abwehrkampf, der große Vaterländische Krieg, eben nicht vergessen. Die Volksrepublik China ist nicht nur ökonomischer Konkurrent, sondern gar im sozialistischen Aufbau, eine Alternative zum Kapitalismus, den man doch als alternativlos vermitteln muss.

Darum Truppen an der Ostgrenze der NATO, in Polen, den baltischen Staaten – auch das beginnt nicht nur mit einer Lüge, das ist eine permanente Lüge. Am 9. Februar 1990, die DDR gab es noch, erklärte der damalige US-Außenminister James Baker: „Das Bündnis (also die NATO) werde seinen Einflussbereich ‚nicht einen Inch weiter nach Osten ausdehnen‘“. Später wurde erklärt, dass es keine dauerhafte, substanzielle Stationierung von NATO- oder US-Truppen im Osten geben würde. Und heute, damit diese Lüge nicht zu offensichtlich wird, lässt man sie „rotieren“, sie rollen durch den Osten, also über das Gebiet der DDR. Das hätte es also ganz eindeutig mit der DDR nicht gegeben.

Die Einkreisungspolitik gegenüber der Russischen Föderation und der Volksrepublik China stellen aus meiner Sicht sowohl die zentrale Strategie des Imperialismus, als auch die Hauptkriegsgefahr im Weltmaßstab dar. Der NATO-Aufmarsch an der russischen Grenze ist die Westflanke davon. Stoppt diese Aggressionspolitik, Raus aus der NATO, Frieden mit Russland, Frieden mit der Volksrepublik China.

Ich möchte euch auch den Weg eines jungen BRD-Bürgers zur Erkenntnis schildern, dass die DDR ein Friedensstaat war. Das mache ich nicht aus Nostalgie, sondern, weil er den Weg zur Erkenntnis behandelt, dass der Friedenskampf nach dem Beziehen von Stellung im Klassenkampf drängt, wie der Klassenkampf verpflichtet Friedenskämpfer zu sein.

In meiner Jugend in der BRD gehörte es zum guten Ton „irgendwie links“ zu sein, meist mit der gleichzeitigen Abgrenzung vom realen, in dem Fall realen Sozialismus. Links ja, aber natürlich nicht so, wie in der DDR und der Sowjetunion. Die Einbindungsfähigkeit des deutschen Imperialismus war brüchig geworden, dafür stand auch die sogenannte 68er-Bewegung. Nun waren die Herrschenden nicht doof. Die Schmerzgrenze des brüchig werdens war der Antikommunismus - der musste gehalten werden.

Da lag es auf der Hand den Pazifismus Jugendlicher, der ja erst einmal eine natürliche Reaktion auf BRD-Aufrüstung und Militarismus darstellte, zu nutzen. Dafür gab es dann sogar einen Kronzeugen aus der DDR, den man benutzen konnte oder besser, der benutzt werden wollte, weil es, wie wir heute wissen, offensichtlich seine Berufung war. Heute tritt er offen als Kriegstreiber und Kommunistenfresser auf, damals war das oft eher Kreide, die er zumindest in der Friedensfrage gefressen hatte. Aber auch damals hatte er die wichtige Rolle, die Unterschiede zwischen Imperialismus und Sozialismus, zwischen Bundeswehr und NVA zu übermalen. Ihr ahnt, um wen es geht, es geht um den Kriegstreiber Biermann, der damals sang: „Soldaten sind sich alle gleich,“.

Das fiel bei einer pazifistischen Gesinnung natürlich erst einmal auf fruchtbaren Boden. Aber der Friedensstaat DDR half auch hier Risse in dieses falsche Bild zu vermitteln. Mich brachte das Buch „Mannheim, Madrid, Moskau“ von Heinz Hoffmann ins Grübeln. Heinz Hoffmann war Verteidigungsminister der DDR. Ein Spanienkämpfer ist doch nicht dasselbe wie ein Offizier der Naziwehrmacht. Ein Heinz Kessler steht doch für Antifaschismus, Befreiung und Frieden – ich bin stolz, dass ich mit ihm befreundet und in einer Partei sein durfte.

Eine Armee, die sich wie die Bundeswehr aus Nazioffizieren rekrutiert, kann doch nicht dieselbe sein wie eine Armee, die sich aus antifaschistischen Widerstandskämpfern rekrutiert. Dann 1978 mein erster Besuch in der DDR. Anfangs war ich verwundert, über die vielen Friedensparolen im Straßenbild. Wie soll auch einer, der im Straßenbild die Werbung für Dash und OMO zu sehen gewohnt ist, sofort verstehen, wie gut es ist, dass statt dieser Werbung die Losung „Dein Arbeitsplatz – Dein Kampfplatz für den Frieden“ steht. Ich muss sogar zugeben, selbst als ich und andere Genossinnen und Genossen begriffen hatten wie wichtig diese Friedenspropaganda ist, belächelten wir manchmal die Art und Weise. Heute wissen wir, das war Hochmut vor dem Fall, denn um wieviel besser wäre solch eine Losung als die bereits erwähnte durchgestylte, militaristische Bundeswehrwerbung.

Der Friedensstaat DDR war an unserer Seite als es uns gelang, in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts gemeinsam mit anderen in der BRD eine machtvolle Bewegung gegen die brandgefährliche Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen aufzubauen. Wie wir heute, nicht zuletzt aus dem lesenswerten Buch „Wir und die Russen“ von Egon Krenz wissen, musste die Führung der DDR auch unter den sozialistischen Ländern immer wieder dafür werben, dass als zentrale Orientierung der Grundsatz „das Teufelszeug muss weg“ Bestand hatte. Das tat sie, obwohl dies gleichzeitig den Spielraum eröffnete den Friedenswillen mancher Menschen für eine Kampagne zur Entwaffnung des Sozialismus zu missbrauchen.

Ja, die DDR unterstützte unseren Friedenskampf, sie tat dies politisch, ideologisch, materiell und nur mit einer Vorbedingung, nämlich der des Friedens.

Und deswegen kann ich heute mit stolz und Überzeugung sagen, es war und ist richtig, dass die DKP in Tradition der 1956 verbotenen KPD und seit ihrer Gründung nicht nur an der Seite der DDR stand, sondern die Verbreitung der Wahrheit über die DDR immer als Wesensmerkmal ihrer eigenen Identität verstand. Vor 1989 hörten wir deshalb oft „Geh doch nach drüben“ – welch Widersinn, käme doch niemand auf die Idee einen katholischen Christen nach Rom zu schicken.

Sicher haben wir damals auch einige Widersprüche der DDR schöngeredet – aber das waren doch Fehler im Richtigen. Denn wo sollten deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, auch im imperialistischen Teil Deutschlands denn anders stehen als an der Seite des friedlichen, des sozialistischen Deutschlands. Das war bis 1989 richtig und das ist heute richtig. Denn die Überwindung eines kriegstreibenden, eines kriegsführenden Imperialismus wird ohne die Verbreitung der Wahrheit über den Friedensstaat DDR nicht gehen – das wissen auch die Herrschenden, darum ihr Gerede vom Unrechtsstaat, darum Straffrenten, darum Antikommunismus.

Wer dem auf den Leim geht besorgt ihr Geschäft.

Wir setzen dem mit Peter Hacks entgegen: „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR.“

Beitrag von Prof. Dr. Hans Fischer zur wissenschaftlich-strategischen Konferenz der KPD am 05. und 06.10.2019 in Berlin zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR

Thema: Sozialistische Militärpolitik = Friedens- und Verteidigungspolitik

Werte Genossinnen und Genossen, geschätzte Kampfgefährten, liebe Gäste,

sie werden verstehen, dass ich zu dieser Thematik in 15 Minuten nur einige ausgewählte Schwerpunkte behandeln kann. Ich konzentriere mich auf:

- die Veränderung des Kräfteverhältnis nach den 2. Weltkrieg und den Wandel der Militärstrategien im Kalten Krieg.
- die Einbindung beider deutscher Staaten in entgegen gesetzte Militärbündnisse.
- die zweite Berlinkrise.
- die Kubakrise.
- Schlussbemerkungen.

Veränderung des Kräfteverhältnisses, Beginn des Kalten Krieges

Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition (Sowjetunion, USA, Großbritannien, Frankreich) über die Achsenmächte (Deutschland, Italien, Japan) führte zu einer grundlegenden Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses. Neben dem existierenden kapitalistischen Weltsystem entstand allmählich ein sozialistisches Weltsystem von kontinentaler Ausdehnung. In den Nachkriegsjahren erreichten nahezu alle Kolonien die politische Unabhängigkeit. Zu den herausragenden Ereignissen gehörte die Unabhängigkeit Indiens (1947) und die Gründung der Volksrepublik China (1949).

Diese Veränderungen nahmen die kapitalistischen Siegermächte nicht widerstandslos hin. Die aus dem 2. Weltkrieg politisch, wirtschaftlich und militärisch gestärkt hervorgegangenen USA entwickelten unverzüglich Strategien zur Eindämmung und Zurückdrängung des Sozialismus. In diese Strategien wurden Schritt für Schritt die früheren Kriegsgegner mit eingebunden.

Mit dem Abwurf von Atombomben auf zwei japanische Städte endete die heiße Phase des 2. Weltkriegs und es begann der Kalte Krieg, das hieß: strategisch abgestimmter Kampf der wichtigsten kapitalistischen Staaten gegen das sozialistische Weltsystem auf allen Ebenen und mit allen Mitteln - politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen, geheimdienstlichen und militärischen unterhalb der Schwelle eines großen Krieges.

Die Kalte - Kriegs - Strategie der imperialistischen Staaten verfolgte zwei Ziele.

Das zunächst defensive Ziel bestand in der Verhinderung weiterer Positionsgewinne des Sozialismus. Dieses Ziel implizierte ein Bündel von Maßnahmen zur Konsolidierung der

kapitalistischen Staaten Westeuropas. Dazu gehörten: der Marshall-Plan, der Verzicht auf Reparationszahlungen, die Wiederherstellung der ideologischen Hegemonie des Bürgertums und die Zurückdrängung des sozialistischen Einflusses auf die dritte Welt. Mit der Stabilisierung der bürgerlichen Verhältnisse und der Konsolidierung der kapitalistischen Industriestaaten verlagerte sich der Schwerpunkt auf die offensive Strategie.

Auf offensive Weise sollte eine Erosion der sich entwickelnden, mit zahlreichen inneren Schwierigkeiten belasteten Staaten sozialistischer Orientierung durch Förderung oppositioneller und konterrevolutionärer Kräfte und Aktivitäten herbeigeführt werden

(1953: DDR; 1956: Ungarn, DDR, Polen; 1968: CSSR; 1981: Polen). Kriege an der Peripherie der Systeme wurden dabei nicht ausgeschlossen.

Mit welcher Entschlossenheit um die Rückgewinnung oder Erweiterung geostrategischer Positionen gekämpft wurde, zeigte der Koreakrieg 1950/53. Obwohl nur ein Krieg an der Peripherie, setzten die USA und ihre Verbündeten bedeutende Teile ihrer See- und Luftstreitkräfte ein und erreichten ein erdrückendes Übergewicht. Mit sechs Angriffsflugzeugträgern, ca. 200 großen und mittleren Kriegsschiffen, 1.600 Flugzeugen, 1.000 Panzern und einer Million Soldaten sollte Nordkorea besiegt und besetzt werden. Eine strategische Landung bei Incheon im Rücken der koreanischen Volksarmee brachte die Front ins Wanken, aber sie hielt. Waffen und Gerät aus der Sowjetunion, einige hunderttausend Freiwillige aus der Volksrepublik China, Solidaritätsgüter vieler Nationen und weltweite politische Aktionen halfen, den Status quo wieder herzustellen. Die USA mussten ein verändertes Kräfteverhältnis zur Kenntnis nehmen, frontales Rollback war zunächst gescheitert.

Das sich verändernde internationale Kräfteverhältnis zwangen die USA ihr strategisches Konzept den Realitäten anzupassen. In der ersten Etappe, von Ende der 40er Jahre bis Anfang der 60er Jahre, galt die Strategie der massiven Vergeltung. Sie hatte im Wesentlichen einen präventiven Kernwaffenschlag gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten zum Inhalt, der von strategischen Bombern der USA aus grenznahen Stützpunkten geführt werden sollte. Für Europa galt das Schwert-Schild-Konzept: Die strategischen Kernwaffen der USA bildeten das Schwert, die konventionellen Streitkräfte mit taktischen Kernwaffen der europäischen NATO-Partner das Schild. In der zweiten Etappe, von Anfang der 60er Jahre bis zum Beginn der 70er Jahre, sprach man von der Strategie der flexiblen Reaktion. Nach Überwindung des Atombomben-monopols der USA und der Verfügung der Sowjetunion über Interkontinentalraketen mit atomaren Gefechtsköpfen war ein ungefähres Gleichgewicht der Kräfte hergestellt. Neben einem allgemeinen Kernwaffenkrieg hielt man auch begrenzte Kriege mit oder ohne Kernwaffeneinsatz für möglich. Für Europa galt die abgestufte Abschreckung und die atomare Schwelle. Man ging davon aus, dass ein Krieg mit konventionellen Waffen begonnen und je nach Kriegsverlauf mit taktischen Kernwaffen fortgesetzt werden konnte. Neu war auch, dass zur Führung eines massiven Kernwaffenschlages die Atom-U-Boote strategischer Bestimmung zum Einsatz kommen sollten. Für den Fall begrenzter

Kriege wollten die USA die Fähigkeit zur Führung von zweieinhalb Kriegen erlangen, zum Beispiel je ein Krieg in Europa und Asien und ein "halber" in Lateinamerika oder Afrika. Die dritte Etappe, beginnend mit den 70er Jahren, erhielt die Bezeichnung realistische Abschreckung. Sie sah eine stärkere Einbindung der militärischen, ökonomischen und finanziellen Ressourcen der NATO-Partner vor.

Welche Auswirkungen hatten die Militärstrategien der USA und ihr Wandel auf die Länder Europas?

Am USA-Konzept der Eindämmung waren auch wichtige westeuropäische Länder interessiert. Im März 1948 erfolgte in Brüssel zunächst die Gründung der westeuropäischen Union (WEU). Der Boden für die Gründung eines umfangreicheren militärpolitischen Bündnisses westeuropäischer Länder mit den USA und Kanada war bereitet. Am 04.04.1949 unterzeichneten 12 Staaten in Washington den NATO-Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Die Türkei und Griechenland traten am 18.02.1952 der NATO bei. Die Zeit für den Beitritt der BRD war noch nicht reif, Krieg und deutsche Besatzungsregimes waren noch in starker Erinnerung, die militärischen Potenzen noch schwach ausgebildet. Erst am 09.05.1955 wurde die BRD in die NATO aufgenommen. Die USA-Militärdoktrin der massiven Vergeltung wurde von der NATO übernommen und erhielt als Schwert-Schild-Konzept eine spezielle Form für Europa. Auch im Westen Deutschlands setzte sich der Konfrontationskurs durch. Die Vorbereitungen zur Gründung der Bundesrepublik schritten voran: Annahme des Grundgesetzes am 26.06.1949, Konstituierung des Bundestages am 07.09.1949, Regierungsbildung am 20.09.1949. Der wirtschaftlichen Spaltung Deutschlands mittels Währungsreform war die politische gefolgt. Am 07.10.1949 erfolgte als Antwort darauf die Gründung der DDR. Die Spaltung Deutschlands vollendete die Herausbildung zweier feindlich gegenüberstehenden Staatengruppen in Europa.

Bereits am 10.03.1952 unterbreitete die Sowjetunion den anderen drei Großmächten den Vorschlag, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Darüber hinaus schlug sie auf der Berliner Außenministerkonferenz im Januar 1954 vor, einen gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit zu unterzeichnen. Er enthielt u.a. die Auflösung aller Militärbündnisse. Im Januar 1955 gab es von sowjetischer Seite den Vorschlag, eine Gipfelkonferenz der Staatsoberhäupter der vier Großmächte zur Gesundung der internationalen Atmosphäre einzuberufen. Auf der in Genf stattfindenden Konferenz stellt die Sowjetunion den Antrag auf Aufnahme in die NATO, was Sprachlosigkeit und Verwirrung auslöste. Als alle Bemühungen um die Entspannung der Lage gescheitert waren, schlossen die sozialistischen Länder Europas am 14.05.1955, sechs Jahre nach Gründung der NATO, einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand ab, den Warschauer Vertrag (nicht Warschauer Pakt), der ebenfalls ein Laufzeit von 20 Jahren hatte. Der Warschauer Vertrag war für den Beitritt aller Länder offen, unabhängig von deren Gesellschafts- und Staatsordnung. Nach der Unterzeichnung begann der Aufbau Vereinter Streitkräfte und eines Vereinten Oberkommandos. Das oberste Entscheidungsgremium war der Politisch-Beratende Ausschuss, den die Staats- oder Regierungschefs der Mitgliedsländer angehörten. Oberkommandierende waren zu allen Zeiten ranghohe Militärs der Sowjetunion, ihre Stellvertreter die Verteidigungsminister der Mitgliedsländer. Beim Oberkommandierenden wurde ein Stab gebildet, dem ständige Vertreter der Generalstäbe der Mitgliedsländer angehörten. Mit 77 Prozent der Streitkräfte der Warschauer Verteidigungscoalition war die Sowjetunion die dominierende Macht. Sie war die einzige Nuklearmacht in

der Koalition und besaß land-, luft- und seegestützte interkontinentale Einsatzmittel. Nur sie verfügte über Hochseekriegsschiffe und Fernfliegerkräfte. Allein die Sowjetunion war in der Lage, alle für eine Kriegführung erforderlichen modernen Waffensysteme zu entwickeln und in großer Zahl zu produzieren.

Die Aufbauphase der Bundeswehr

Eine Schlüsselstellung für den Aufbau der Bundeswehr nahmen die Pariser Verträge vom 23.10.1954 ein. Das Paket umfasste 25 Verträge, Abkommen, Protokolle und dgl. Die wichtigsten Inhalte waren: die Herstellung der staatlichen Souveränität der Bundesrepublik, die Aufnahme der BRD und Italiens in die WEU und der Beitritt der BRD zur NATO. Das Protokoll über die Höchstgrenzen der Streitkräfte legte für die BRD fest: 12 Divisionen des Heeres, 1.350 Flugzeuge und 180 Schiffe oder Boote. Im Generalvertrag waren politisch gravierende Aussagen enthalten, so die Alleinvertretung der BRD für ganz Deutschland und die Zugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands zur WEU. Nach Ratifizierung der Pariser Verträge am 05.05.1955 im Bundestag begann der zügige Aufbau der Bundeswehr. Folgender Personalbestand war vorgesehen: Heer: 370.000, Luftwaffe: 70.000, Marine: 20.000, Territorialverteidigung: 40.000. Zu Beginn der 60er Jahre hatte die Bundeswehr im Wesentlichen das 1956 beschlossene Streitkräfteprogramm erfüllt: - 10 Heeresdivisionen standen der NATO zur Verfügung, zwei weitere Divisionen waren im Aufbau. - Der Aufbau der Luftwaffe war abgeschlossen und in NATO-Strukturen eingebunden. - Die Marine hatte 18 Geschwader in Dienst gestellt, weitere fünf waren im Aufbau.

Die Aufbauphase der Nationalen Volksarmee

Mit der Eingliederung der Bundeswehr in die NATO war die Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA) überfällig. Der am 20.09.1955 abgeschlossene Staatsvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR enthielt auch die Übernahme der Verantwortung der DDR für ihren militärischen Schutz. Nach Ergänzung der Verfassung der DDR und dem Gesetz über die Gründung der NVA vom 18.01.1956 waren die Voraussetzungen für die Bildung notwendiger Strukturen und Führungsorgane gegeben. Vorgesehene Personalstärke: Landstreitkräfte: 90.000, Luftstreitkräfte: 10.000, Luftverteidigung: 10.000 und Seestreitkräfte: 10.000. Im Gefolge einer Abrüstungsinitiative der Sowjetunion beschloss der Ministerrat der DDR, die ursprüngliche Stärke der NVA von 120.000 auf 90.000 herabzusetzen.

Zu Beginn der 60er Jahre gab es wesentliche Veränderungen des militärischen Kräfteverhältnisses. In der Sowjetunion wurden die strategischen Raketentruppen als neue Teilstreitkraft etabliert. Der geostrategische Vorteil der USA, die Unverletzlichkeit ihres Territoriums durch strategische Waffen, war endgültig vorüber. Die Auslösung eines globalen Kernwaffenkriegs war nun mit dem Risiko des eigenen Untergangs verbunden. Doch ein Umdenken setzte nur langsam ein. Die Änderung der Strategie der massiven Vergeltung in die Strategie der flexiblen Reaktion ließ noch auf sich warten. In zahlreichen Stabsübungen und Manövern wurden Angriffsvarianten gegen die DDR geprobt. Diese Übungen erstreckten sich von der Ostsee bis nach Bayern. Zu den größten zählten Wintershield I und II sowie Wallenstein III und IV. In den Plänen der NATO spielte Berlin eine besondere Rolle. Bezeichnungen wie "Pfahl im Fleisch der DDR" oder auch "billigste Atombombe" machten die Runde. Leider gab es in den 159 Dokumenten der Potsdamer

Konferenz der Siegermächte keine verbindliche Berlin-Regelung, auch nicht für den Zugang der Westalliierten zur Viermächtestadt Berlin. Der Konflikt brach erstmals 1948 aus, als die Sowjetunion auf die separate Währungsreform des Westens mit der Sperrung der Zugänge über Land reagierte. In den Folgejahren gab es zahlreiche Vorschläge der Sowjetunion zur Entspannung der Lage: Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Erklärung Berlins zur "Freien Stadt", Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten. Nach der Ablehnung aller sowjetischen Vorschläge, gab Chruschtschow bei seinem Treffen mit Kennedy im Juni 1961 in Wien zu verstehen, dass die Sowjetunion mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abschließen werde und alle Rechte und Pflichten der sowjetischen Seite der DDR übertragen würden und dass er auf jede Verletzung ihrer Grenzen zu Lande, zu Wasser und in der Luft mit Gewalt reagieren würde, wenn mit den Westmächten keine Übereinkunft möglich sei. Nach dieser Begegnung verschärfte sich die internationale Lage. Militärisch bezogen die Truppen auf beiden Seiten der Frontlinie Stellung. Es war Krieg in Sicht. Am 25. Juli 1961 hielt Kennedy eine Rede an das amerikanische Volk, in der er eine Reihe von Maßnahmen zur Erhöhung der Schlagkraft der US-Streitkräfte ankündigte. Dazu gehörten: die Verstärkung der strategischen Raketenbewaffnung, die Bereitstellung von 50 Prozent der strategischen Bomberflotte für eine 15-Minuten-Startbereitschaft, die Vergrößerung des Marinekorps, die Erweiterung der Luft- und Seetransportkapazitäten, die Erhöhung der Mannschaftsstärke der Armee auf eine Million, der Marine um 29.000 und der Luftstreitkräfte um 63.000 Mann, die Aufstockung des Militärhaushalts im laufenden Jahr um 3,2 Milliarden \$. Es wurde sehr ernst.

Doch auch unsere Seite reagierte entschlossen. Anfang August entsandte Chruschtschow einen der großen Heerführer des zweiten Weltkrieges, Marschall der Sowjetunion Konew, als seinen Bevollmächtigten nach Berlin/Wünsdorf. Kommandierung Konews war ein Warnsignal für die Westmächte, Er war für alle militärpolitischen Entscheidungen und Maßnahmen zuständig, während Generaloberst Jakubowski für die Gefechtsbereitschaft und Ausbildung der Truppen der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) die Verantwortung trug. Bereits am 15. 07.1961 erhielt der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Hoffmann. ein geheimes Schreiben (Befehl) vom Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion Gretschnko, die Gefechtsbereitschaft der Truppen der NVA mit folgenden Maßnahmen zu erhöhen: zum 1. September sind zwei Panzerdivisionen, vier Motorisierte Schützendivisionen und die Truppen der Luftstreitkräfte/ Luftverteidigung in Erhöhte Gefechtsbereitschaft zu versetzen. Auf besonderen Befehl sind der GSSD zu übergeben: innerhalb eines Tages 40 Kfz-Bataillone mit 10.000 LKW und sechs Sanitäts-Transport-Kompanien mit 600 Sanitäts-Kraftfahrzeugen; innerhalb von zwei bis drei Tagen zwei Brückenbaubrigaden, drei Straßen-Kommandantendienst-Brigaden, vier Flugplatz-Pionier-Bataillone. Für die Nutzung durch die GSSD sind vorzuhalten: 40.000 bis 50.000 t Benzin und 60.000 bis 70.000 t Dieselkraftstoff. Dieses Schreiben enthält noch eine lange Liste bereitzustellender Kräfte und Mittel. Was rechtfertigte diese außerordentlichen Maßnahmen?

- Erstens einen Kriegsausbruch wegen Berlin zu verhindern, - zweitens das Ausbluten der DDR zu beenden und - drittens die ungestörte Bewegung westlicher Geheimdienste und Saboteure zu unterbinden. Nicht zuletzt musste für diese Aktion absolute Geheimhaltung gewährleistet sein, was auch gelang. Zum weiteren Ablauf:

Am 2. Juli 1961 bestellte der sowjetische Botschafter Perwuchin den Oberkommandierenden der GSSD Armeegeneral Jakubowski in seine Residenz, um ihn über den Auftrag Chruschtschows zu informieren, einen Plan zur Einführung einer Grenzordnung zwischen den beiden Teilen Berlins auszuarbeiten. Dafür standen zwei Wochen Zeit zur Verfügung. Zur Mitwirkung waren die DDR-Minister Hoffmann, Maron und Mielke vorgesehen, zeitweilig auch der Verkehrsminister Kramer. Als Leiter dieser Gruppe ernannte Jakubowski einen Stellvertreter seines Stabchefs, Oberst Mereschko. Der Plan wurde bei strengster Geheimhaltung innerhalb von 10 Tagen entwickelt, der fertige Plan am 2. August bei Ulbricht beraten und bestätigt, Jakubowski legte dieses Dokument am 8. August Chruschtschow vor und auch dieser bestätigte den Plan ohne Einwände. Am 10. August tagt der Militärerrat der GSSD in Wünsdorf im Beisein der Marschälle Tschuikow und Konew, um die Einsatzbereitschaft der vorgesehenen Kräfte zu überprüfen. Die geladenen DDR-Minister waren in Sofortbereitschaft, andere Beteiligte in wenigen Tagen. Tschuikow legte fest: "Zwei Tage! keine Verschiebungen!". Am 13. August 00:00 Uhr setzte Konew den Plan in Kraft und die Operation begann. Was dann folgte, ist vielen Genossen bekannt, die Nichtinformierten sollten die reichhaltige Literatur nutzen.

Zur Kuba-Krise 1962

Mit der Zunahme militärischer Drohungen, verstärkten wirtschaftlichen Sanktionen der USA gegen Kuba einerseits und der gewachsenen Bedrohung der Sowjetunion durch die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa andererseits wurde es notwendig, Gegenmaßnahmen zu treffen. So entstand in der sowjetischen Führung die Idee, ein eigenes Bedrohungspotenzial auf Kuba aufzubauen, um damit potenzielle Invasoren abzuschrecken und zugleich einen Gegenpol zu den amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa zu schaffen. Diesen, in der Führung der Sowjetunion nicht unumstrittenen Gedanken setzte Chruschtschow schließlich durch und beauftragte Verteidigungsminister Malinowski mit der Ausarbeitung von Planungsunterlagen. So begann Mitte Mai die Planung der Operation ANADYR. Am 10.06.1962 wurde der Operationsplan vom Präsidium des ZK der KPdSU bestätigt, nachdem er vorher mit der kubanischen Regierung beraten und abgestimmt worden war. Der Plan sah vor: - die Bereitstellung eines sowjetischen Truppenkontingents in Stärke von 44.000 Mann bis Ende Juni, - den Transport der Truppen und Ausrüstungen mit 70 bis 80 Handelsschiffen ab 12. Juli, innerhalb von vier Monaten, - die Einrichtung der Dislozierungsräume in den Monaten August und September, - die Herstellung der Einsatzbereitschaft der Raketendivision bis Ende Oktober.

Der Kern der Truppen war eine Raketendivision, bestehend aus drei Regimentern mit R-12-Raketen und mit 24 Startrampen und zwei Regimentern mit R-14-Raketen und mit 16 Startrampen. Diese Division wurde von starken Land-, Luft- und Seestreitkräften gesichert. Die Reichweite der R-12 betrug 2.500 km und der R-14 4.500 km. Beide Raketenarten konnten mit atomaren oder konventionellen Gefechtsköpfen bestückt werden. Lange Zeit blieben die sowjetischen Truppen unentdeckt, jedoch gelang es der US-Aufklärung am 14. Oktober eine sowjetische Raketenstellung aufzuklären. Nun gab Präsident Kennedy im Rundfunk eine Erklärung ab, in der er den sofortigen Abzug der Raketen forderte, eine Seeblockade über Kuba verhängte, für die US-Streitkräfte in den USA und in Europa Gefechtsalarm auslöste und für die strategischen Kernwaffeneinsatzmitteln sofortige Einsatzbereitschaft befahl. Einem neu gebildeten Vereinten Kommando USA-Lateinamerika wurden 100.000 aktive Soldaten und 250.000 Reservisten, 180

Kriegsschiffe mit 85.000 Mann Marineinfanterie sowie mehrere hundert Kampfflugzeuge unterstellt. Die Seeblockade wurde am 24.10. wirksam. Bereits am 23.10. erfolgte für die Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten die Auslösung der Erhöhten Gefechtsbereitschaft. Am 26.10. erhielten die sowjetischen Fla-Raketentruppen auf Kuba Schießbefehl. Die Welt stand am Rande eines allgemeinen Kernwaffenkrieges. Angesichts des unmittelbar drohenden, alles vernichtenden Kernwaffenkrieges, der zum ersten Mal in der bisherigen Geschichte auch US-amerikanisches Territorium verwüsten würde, kam es zu hektischen diplomatischen Aktivitäten beider Regierungen und dadurch zur Entschärfung des Konflikts. Die sowjetischen Truppen wurden bis Ende Oktober zurückgezogen. Die USA beendeten am 20.11. ihre Seeblockade. Mit gleichem Datum wurde die Erhöhte Gefechtsbereitschaft für die Armeen der Warschauer Vertragsstaaten aufgehoben. Im folgenden Jahr zogen die USA ihre Mittelstreckenraketen aus der Türkei, aus Italien und England ab.

Schlussbemerkungen

Aus gegebenem Anlass meine uneingeschränkte Unterstützung der abschließenden Erklärung der höchsten Repräsentanten der NVA, Armeegeneral Kessler und Generaloberst Streletz in ihrer Broschüre "Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben".

1. Die DDR hat als Mitglied des Warschauer Vertrages in ihrer 40-jährigen Geschichte einen aktiven Beitrag zur Friedenssicherung in Europa geleistet. Sie war auf allen Gebieten ein zuverlässiger Bündnispartner im Warschauer Vertrag.
2. Kein Land hatte im Warschauer Vertrag so umfassende Verpflichtungen bei der Landesverteidigung gegenüber den Vereinten Streitkräften des Warschauer Vertrages wie die DDR. Kein Land im Bündnis hat so gewissenhaft und termingerecht alle militärischen Verpflichtungen erfüllt wie die DDR. Und kein Land des Warschauer Vertrages wurde 1989/90 von Gorbatschow und Schewardnadse so hinterhältig verraten und verkauft wie die DDR. Diesen beiden Politikern und auch anderen sollte durchaus bewusst sein, welche Rolle die DDR auch für die Sicherheit der Sowjetunion im Kalten Krieg gespielt hat, eingeschlossen jene Leistungen, die die DDR für die 450.000 Soldaten der GSSD über Jahrzehnte erbracht hat.

„Mauerfall“

(K)ein Bericht zur Deutschen Einheit,

nur Gedanken eines Betroffenen 30 Jahre danach

(von Oberst a.D. Frithjof Banisch)

Für mich als einen der vielen Grenzer, die damals mitten in den turbulenten Ereignissen steckten, ist mit dem Abstand der Jahre das Bild vom „Danach“ in meinem Land, dem Land des Vaters und der Sprache der Mutter, leider zutiefst zerrissen. Das materielle Leben der übergroßen Masse der Bürger in meiner Heimat ist auf einem bemerkenswert hohen Niveau im Vergleich zu anderen Ländern dieser Welt. Dabei reden wir nicht von Gerechtigkeit! Wer bei all den dennoch sichtbaren Problemen im Beitrittsgebiet auf dieser Ebene den gegenwärtig durchschnittlichen Standard negiert, der ist nicht wirklich ernst zu nehmen. Zutiefst zerrissen ist mein Bild dennoch von der gegenwärtigen BRD aus vielen Gründen, was bei einem Mann meines Alters wohl kaum von öffentlichem Interesse sein dürfte. Doch auch bei mir sind Kinder da, und Enkel auch.

Jedem Bundesbürger wird seit Jahrzehnten von den politischen Eliten des Landes erklärt, dass Grenzregime im Widerspruch zur Freiheit des Bürgers stehen. Und „Regime“ sind bekanntlich immer schlecht, meint man. Als der Beweis mussten und müssen bis auf den heutigen Tag die Beispiele des Grenzregimes an der Staatsgrenze der DDR zur BRD und der Grenze zu Berlin (WEST) herhalten, ohne die wahren Verursacher der einstigen Grenzziehungen zu benennen. Erst als sich dieses vom Westen stets mit den Schlagworten „Mauerschützen“, „Todesstreifen“, und dem erfundenen „Schießbefehl“ usw. verteilte Grenzregime im November 1989 aufzulösen begann, war bald die grenzenlose Freiheit für alle Deutschen in Einheit möglich. So jedenfalls das Paradigma der Meinungsbildner. Geschickt knüpften die an den ewig bestehenden und natürlichen menschlichen Wunsch an, die eigenen Grenzen überwinden zu können. Die Menschen haben diesem natürlichen Entdecker- drang, dieser ursprünglichen Neugier schließlich ihre eigene Entwicklung zu verdanken. Der 9. November 1989 wurde nun „Tag des Mauerfalls“ und zum Symbol für die Herstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit. Die politischen und ökonomischen Eliten und deren mediale Gefolgschaft betreiben an den Tagen rund um dieses Datum in jedem Jahr einen beträchtlichen Aufwand. Anlässlich der dreißigsten Wiederkehr der Öffnung der Grenzübergangsstellen der DDR zu Berlin (WEST) und der BRD, um den Vorgang „Mauerfall“ wenigstens einmal korrekt zu bezeichnen, ist dieser Aufwand schon seit Jahresbeginn beeindruckend. Im Informations- und Dokumentationskanal von ARD und ZDF laufen beinahe rund um die Uhr entsprechende Sendungen. Aber nicht nur dort laufen Beiträge mit Inhalten und der Darstellungen von Protagonisten rund um das Thema, die dem seriösen Anspruch dieser Senders wohl kaum gerecht werden dürften. Doch es standen Wahlen für

drei Landtage im Beitrittsgebiet und für die Organe in der Europäischen Union (EU) ins Haus. Da kann man kaum etwas falsch machen, wenn man sich diesem Jubiläum mit besonderer Hingabe widmet. Denn wie man hört, lassen bei den Leuten im Osten 30 Jahre nach dem „Mauerfall“ deren Erinnerungskultur und ihr Demokratieverständnis noch immer sehr zu wünschen übrig.

Hinzu kommt, dass den Deutschen die ungesicherten EU-Außengrenzen derweil in besonderer Weise und hoffentlich nachhaltig eigene Erkenntnisse zum Thema „Freiheit ohne Grenzen“ bescheren.

Durch Verdrängungen dieser und weiterer Realitäten haben die christlichen wie auch sozialen Volksparteien, die Partei DIE LINKE und auch die der Bündnis-90 Grünen beim Wahlvolke schon geraume Zeit nicht mehr den besten Ruf. Die Wahlergebnisse sprechen eine unmissverständliche Sprache und es bleibt zu hoffen, dass man langsam begreift. Hinzu kommt in den fünf neuen Bundesländern der Unmut der Leute über vieles, was die in den fast 30 Jahren der Einheit erlebt haben, auch wenn manche es nicht sehen wollen. Viele von ihnen hat das was sie bilanzieren können schon einmal auf die Straße getrieben, vom Lohnempfänger und dem Schüler über den Mieter bis zum Rentner. Die Gesellschaft des Landes ist sichtbar in Bewegung geraten, zunächst meist in geistiger und verbaler Aktivität. In solchen Situationen ist dann Handlungsbedarf für die Eliten angezeigt!

Man muss den Leuten mit Nachdruck die einstige schreckliche „zweite Diktatur in Deutschland“ erklären. Dabei müssen Vergleiche zum deutschen Faschismus her, und zu Stalinismus, weil der fast etwas in Vergessenheit geraten ist. Ein Spielfilm ausgerechnet über das Leiden von Kommunisten unter Stalin und dann in der DDR des gleichen Geistes muss es richten, nicht etwa die Geschichte alter und neuer Nazis in den Amtsstuben seit Gründung der Bundesrepublik. An die einstigen freiheitsliebenden Aktivisten der Einheit zu erinnern ist auch Pflicht! Obwohl einige von denen inzwischen wegen ihrer ausschweifenden Fantasieprodukte über den Alltag in der DDR nur noch mit Nachsicht, Mitleid oder gar mit Personenschutz zu ertragen sind. Die Mitdreißiger des parlamentarischen Nachwuchses erklärt dem Lande in besonders engagierter Weise, sozusagen aus erster Hand, die denkwürdigen Ereignisse des Herbstes 1989. Und sie schildern auch die Folgen sehr lebensnah.

So erklären solche Leute uns zum Beispiel:

- wie der Sieg der Demokratie über die SED - Diktatur ablief;
- wie demokratisch es um die ersten freien Wahlen im Osten ablief;
- wie die Einheit Deutschlands eigentlich nur die Ostdeutschen errangen;
- was das für die Einleitung der Morgendämmerung in Osteuropas bedeutete;
- wie das friedliche Zusammenleben der Völker Europas nach Fall der Mauer im von Gorbatschow proklamierten „Gemeinsamen Haus Europa“ erstrebt wurde, doch dann durch Putins Annexion der Krim im Jahre 2014 zerstört wurde;

- wie man die Freizügigkeit des Reisens, den freien Zugangs zu Märkten, Waren und Dienstleistungen schätzen muss, und wie wertvoll die freie Wahl des Wohn- und Arbeitsortes in Europa(?) für Arbeitnehmer ist, und alles geschah nur zu unserem Vorteil.

Zu jeder sich bietenden Gelegenheit, ob in Krimis, Spielfilmen, Talkshows oder Nachrichten, bei Trauer- oder Festreden, werden zu diesen Themen Geschichten gekonnt in Bilder verpackte. So wird Geschichte „aufgearbeitet“, oder richtiger gesagt, sie wird umgearbeitet.

Dabei kommt die Authentizität immer mehr unter die Räder.

Die Empörung der Menschen wird in gewünschte Richtungen gelenkt, Ängste und auch Hoffnungen werden gezielt geweckt. Nachrichtenmacher beleben allabendlich die Fantasie ihrer Konsumenten durch subtile, ideologisch verblendete Darstellungen aktueller Ereignisse. So kann der Kalte Krieg weiterleben, scheint es, nur stehen sich jetzt auf gleicher sozialökonomischer Basis existierende Konkurrenten gegenüber.

Die Macher vergessen anscheinend auch, dass nicht die, wie mir scheint, sprunghaft anwachsende Anzahl der Aktivisten der friedlichen Revolution oder gar die alten und neuen „Opfer der Diktatur“ zu förderst die Leute wirklich bewegen. Es sind die eigenen Probleme vom heutigen Tag, und dann sind es die Sorgen im Zusammenhang mit der Zukunft dieser Erde. Selbst die Auffälligkeit, dass neuerdings besonders die Verdienste der Ostdeutschen am „Mauerfall“ Würdigung finden, erreicht immer weniger Leute im Osten, weil selbst diese These bei den wenigen Leuten mit solcher Prägung inzwischen zu spät kommt. Viele Menschen der Kriegs- und der Nachkriegsgeneration erkennen aus dem eigenen Erleben, dass der „Mauerfall“ am 9. November 1989 mit seinen Folgen in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen muss mit ihren Problemen von heute und dem, was sie Dank der von den Eliten sträflich unterschätzten Umweltprobleme erwartet.

Der „Mauerfall“ war Voraussetzung und Auslöser zugleich für die hemmungslose Restauration des puren Kapitalismus in ganz Europa. Da liegen die Wurzeln der Probleme. Die bis dahin bestehenden und durchaus wirkenden Korrektive, die das gesellschaftliche System in Mittel- und Osteuropa nach dem letzten großen Krieg auf die Entwicklungen der südlichen und westlichen Hemisphäre abstrahlte, waren entfallen.

Dann haben die Menschen den Bombenkrieg gegen Jugoslawien, den Bruch der UN-Charta durch NATO - Staaten und das Ende der längsten Friedensperiode auf dem Kontinent erleben müssen. Die Preisgabe des Teuersten, was diese Generationen wertschätzte und wofür sie in Zeiten des Kalten Krieges eintraten, der Frieden in Europa, wurde zugunsten einer fragwürdigen Freundschaft mit den Angloamerikanern geopfert und deutsche Soldaten führen seitdem wieder in fremden Ländern Kriege. Die Mehrzahl der Ostdeutschen musste erfahren, wie

Arbeitslosigkeit zum normalen Leben gehört und wie das bei einem Teil von ihnen, besonders bei Frauen, in ihren Renten schmerzlich zu Buche schlägt. Im Anschlussgebiet geschaffene Industriebrachen, die Entvölkerung auf dem Lande, die Verteufelung der „Platte“, die Privatisierung kommunalen Wohneigentums, die Kinderarmut, Bettler, Obdachlose, Menschen als Ware in der Hand von Ganoven und krimineller Großfamilien einerseits, und die permanente Diffamierung der eigenen Biographie und die Entwertung der zu Zeiten der DDR erbrachten persönlichen Lebensleistungen nach dem Beitritt zur BRD sind besonders schmerzliche Erfahrungen. Kein Wunder also, wenn im Verlaufe von 30 Jahren bei so manchem Bürger im Osten die Erkenntnis wächst, dass mit dem „Mauerfall“ das Einfallstor geöffnet wurde für die schnellstmögliche Demontage des DDR – Grenzregimes, ohne schon damals der Idee von Schengen in aller Konsequenz nachzugehen.

Den veränderten inneren Bedingungen an den Binnengrenzen der Schengenstaaten wurde nicht durch ein angemessenes Grenzregime entsprochen, wie deren Architekten es einst voraussetzten.

Damit wurde den absehbaren Gefahren der unkontrollierten Migration an den Schengener Außengrenzen nicht entgegengewirkt. Das Überstülpen aller ökonomischen, politischen, juristischen und kulturellen Verhältnisse und damit auch diverser Fehlentwicklungen des Kapitalismus der Bonner Republik auf das Anschlussgebiet wurde gemacht, ohne Prüfung und Übertragung von Erhaltenswertem von dort auf das nun vereinte Restdeutschland. Sehr schnell kam es zur Rückgabe einstiger Pfründe und Privilegien an Adel, „Alteigentümer“.

Das erfolgte ungeachtet des im Anschlussgebiet auf Gesetzesgrundlage entstanden Eigentums der Bürger und der längst erfolgter Entschädigungszahlungen im Westen und das löste teils böse Gedanken aus und erinnerte an die Bereicherung der Begünstigten einst, und an die teils erhebliche Mitschuld an den deutschen Dramen in der Geschichte.

Die Begünstigung und aktive Hilfe bei der größten Privatisierung / Reprivatisierung und straflosen Plünderung von Volksvermögen in Mittel- und Osteuropa und in Teilen Asiens und der aktive Einfluss auf so manchen Oligarchen dort und der Export von Politikern zur Wahrung von Interessensphären des Westens vor Ort zählt auch zu diesen in 30 Jahren gesammelten Erfahrungen.

Die Missachtung der legitimen Interessen der Russischen Föderation durch die NATO-Osterweiterung, die Untergrabung der Souveränität von deren Nachbarstaaten und die Inszenierung von Revolten und Umstürzen dort bewegt viele Leute besonders Beitrittsgebiet. Dazu kommt nun noch: Für kurze Zeit war man nach dem „Mauerfall“ und seinen hier beschriebenen Folgen wenigstens dem Kalten Krieg ohne größeren Schaden für Leib und Leben entgangen. Doch man war dafür in einer monopolaren Welt des Neoliberalismus angekommen. „Der Markt wird es richten“, und die US – Präsidenten auch, war zu hören. Die einzig

übriggebliebene Weltmacht USA blähte sich auf bis zu ihrer gegenwärtigen Überdehnung. Ihre politischen Eliten, Medienmacher, Finanzoligarchen und viele Militärs verfielen offensichtlich der Maßlosigkeit und dem Größenwahn, bestärkt durch ergebene Westeuropäer und einen Säufer im Kreml. Kostspielige und militärisch erfolglose Interventionen und 1000 zu unterhaltende Stützpunkte in aller Welt und ein ausrüstungs- und waffentechnisch gewaltiger, aber schleichend verschleißender und bürokratisch aufgeblähter Militärapparat bringt den Staat USA an dessen Leistungsgrenzen. Die Verschuldung ist gigantisch wie nie zuvor. Nun tobt der Konflikt in den eigenen Reihen und unter den britischen Brüdern im Geist um die Frage: „Wie Weiter?“. Innere angloamerikanische Krisenbewältigung ist angesagt. Der „BREXIT“ ist nicht vom Himmel gefallen!

Die Einst von westeuropäischen Freunden blauäugig beschworenen gemeinsamen Werte der Selbstbestimmung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte werden nun offen wie selten zuvor mit Füßen getreten.

Wir erleben nicht zum ersten mal, wie die im Verlaufe von kritischen Zeiten entstandenen Konflikte in den heilig beschworenen Freundschaften auf Kosten der Schwächeren gelöst werden. Und das nicht nur im Kapitalismus!

Es geht am Ende immer um Eigeninteressen der auf den Plan getretenen Hauptkonkurrenten in einer sich neue formierenden multipolaren Weltordnung.

Versuche der Neuaufteilung der Lebensgrundlagen der Menschheit bergen dabei wieder einmal ein gewaltiges Gefahrenpotential für den Weltfrieden in sich. Da ist Venezuela nur ein aktuelles Beispiel, das demnächst Iran oder anders heißen kann.

Vorrangig geht der Blick auf die Russische Föderation und auf deren weltweit größten natürlichen Ressourcen.

Die Mehrheit der Bürger erkennen die Entwicklungen genau, warum sonst diese Unruhe unter ihnen? Sicher auch, weil die inzwischen geostrategisch ihre Leistungsgrenze überschreitende USA mit der zunehmenden militärischen Konfrontation Russlands durch die NATO es riskieren, akute Gefahren für die physische Existenz Europas heraufzubeschwören.

Das zu verhindern setzt jedoch die tätige Emanzipation besonders der politischen Eliten in der EU gegenüber den USA voraus. Trotz wiederholt negierter historischer Verantwortung Deutschlands und mehrfach vertaner Möglichkeiten spielen zukünftig die Beziehungen zu Russland und damit auch zum anderen Teil Europas eine existenzielle Rolle. Man muss raus aus der eigenen Propagandawelt der Lügen und Halbwahrheiten einer vergangenen Zeit und weg von dem ideologisch bedingt zur Gewohnheit gewordenen Messen mit zweierlei Maß, wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Noch kommen Vorschläge zur Rüstungskontrolle in Europa von Moskau!

Wir bewegen uns im dreißigsten Jahr nach dem „Mauerfall“ in Deutschland auf einem schwierigen innen- und außenpolitischen Gelände. Die Spannungen sind erheblich.

Zumindest innenpolitisch war wieder Zeit für die alljährliche Bilanz zur Einheit, sprich für das Ärgernis im Osten. Die Vielzahl von hier nur angerissenen Problemen hat der 23. Bericht zur Deutschen Einheit, also eine Bilanz über den Stand der Entwicklung im Jahre 29 des Beitritts der ostdeutschen Länder zum Bundesgebiet hat der „Ostbeauftragte“ nicht annähernd benannt. Immerhin empfiehlt er den Politikern richtungsweisend, das Gespräch mit dem Bürger zu suchen, mehr zuzuhören und auch die Reden zu lassen, die man bisher nicht reden ließ!

Und die Gründergeneration im Osten müsse man unterstützen. Die meisten von denen sind inzwischen vermutlich so alt wie ich und können den eigenen Betrieb nicht weitergeben, weil kein Nachwuchs vorhanden ist. Davon ist nicht die Rede beim „Ostbeauftragten“. Wozu also das Amt?

**Begrüßungsansprache von Andreas Maluga,
1. Vorsitzender des DDR-Kabinetts-Bochum e.V.
Festveranstaltung am 12. Oktober 2019 im Freizeitforum Berlin-Marzahn**

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,
verehrte Gäste,

Wir sind stolz, dass es uns wirklich gelungen ist, diese Festveranstaltung in Erinnerung an den 70. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, dem ersten deutschen Friedensstaat, dort zu feiern, wo es hingehört: in Berlin!

Wir sind stolz darauf, dass aus allen Bezirken der DDR, aus vielen westlichen Bundesländern, aber auch aus Portugal und Frankreich, Gäste anwesend sind.

Wir sind stolz darauf, dass - und ich kann gar nicht alle nennen - unter uns sind:

- . Genosse Egon Krenz - langjähriger 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ und Staatsratsvorsitzender der DDR
- . Genosse Siegfried Lorenz - langjähriger 1. Sekretär der SED- Bezirksleitung Karl- Marx-Stadt
- . Genossin Helga Labs - langjährige Vorsitzende der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“
- . Genossin Illona Longo-Slupianek - Olympiasiegerin im Kugelstoßen bei den Olympischen Sommerspielen in Moskau 1980
- . Genosse Dr. Thomas Köhler - Zweifacher Olympiasieger im Rennrodeln, Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees der DDR und Vizepräsident des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR (DTSB)
- . Generalleutnant a.D. Genosse Manfred Grätz – langjähriger stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung
- . Genosse Bruno Mahlow - langjähriges Mitglied des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft – heutiges Mitglied des Ältestenrates der Partei die Linke
- . Genosse Patrik Köbele, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

„Für Frieden und Freundschaft mit Russland!“ - wir begrüßen herzlich den 1. Sekretär der Botschaft der Russischen Föderation – Herrn Dmitry Balandin

Des weiteren sind unter uns Vertreter des OKV, GRH, ISOR, GBM, Partei die Linke, DKP, KPD, Freidenkerverband, Freundeskreis der Sport-Senioren. BüSGM, RotFuchs, KAZ, Unentdecktes Land, Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik, (KFSR), VVN-BdA, Ernst-Busch-Chor, Friedensbrücke, Verband zur Pflege der Traditionen der NVA/GT der DDR, Freundeskreis „Palast der Republik“, Revolutionärer Freundschaftsbund - RFB, Ernst-Thälmann-Gedenkstätten Hamburg und Ziegenhals und dem Polizeihistorischen Museum Schönfeld/Erzgebirge.

Wir grüßen euch herzlich!

Die Sagen um Drachentöter sind uralte - in den Mythen vorbürgerlicher Zeiten wurden Heldengestalten beschrieben, die ein Volk durch einen alles erlösenden Schwertstreich von einem grausamen Fabelwesen befreiten, Schnee von gestern? Mitnichten. Auch in der heutigen Zeit werden die Märchen vom bösen Drachen gern erzählt. Nehmen wir z.B. das Jahr 1989 . Zu dieser Zeit begab es sich, dass ein Staat einen anderen Staat zerstörte. Nicht wenigen Bewohnern war dies ganz recht - wurden ihnen doch „blühende Landschaften“, sprich Konsum in Hülle und Fülle, ja und vor allem Freiheit versprochen. Nur wenige von ihnen fragten: Freiheit von wem oder von was? Die Antwort folgte prompt: quasi über Nacht

wechselten Betriebe, soziale Einrichtungen, Wohnkomplexe und Agrarland ihren Besitzer: Volkseigentum, das jedem Bürger Ausbildung, Arbeit, Kultur und medizinische Versorgung garantierte, wurde jetzt privatwirtschaftlichem Kalkül unterworfen. Sollte hier Unrecht geschehen sein? Aus Sicht der Sieger eine heikle Frage. Aber auch darauf wurde eine Antwort gefunden: nicht die entschädigungslose Enteignung eines Volkes, sondern deren Befreiung vom bösen Drachen wäre das eigentliche Ziel der Zerstörung, eines einstmals international anerkannten Staates gewesen. Und dieser Drachen hatte wahrlich „schreckliche Köpfe“: das Ministerium für Staatssicherheit, die Mauer - kurzum die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen. Aber warum wird auch noch nach 30 Jahren diese Legende selbst Schulkindern vorerzählt? **Soll vielleicht noch mehr vergessen gemacht werden?**

Zunächst einmal war die DDR ein Resultat des Sieges der Roten Armee über den deutschen Faschismus. Unter dem Schutz der Sowjetunion wurden auf dem Gebiet der DDR die Hauptverantwortlichen für den 2. Weltkrieg - die Großkonzerne und die Junker - entmachtet. Damit konnte sich die DDR jenseits der imperialistischen Staatengemeinschaft entwickeln. **Sollen wir das vergessen?**

Die Außenpolitik der BRD gegenüber den Ländern der dritten Welt war und ist gekennzeichnet durch ökonomische und militärische Erpressung entsprechend dem alten Motto der Kolonialpolitik: 'eure Rohstoffe gegen unsere Fertigprodukte'. Die DDR führte keine Kolonialkriege. Ihre Politik gegenüber den seit Jahrhunderten in kolonialer Abhängigkeit verarmten Ländern hatte den Charakter der Hilfe zur Selbsthilfe. **Sollen wir das vergessen?**

In der Verfassung der DDR waren alle Elemente der direkten Demokratie verankert. Entsprechend hatte jeder Bürger das Recht, in allen Bereichen ehrenamtlich das gesellschaftliche Leben mit zu planen und zu gestalten. Gesellschaftliche Organisationen, wie z.B. der FDGB und die FDJ, waren in der Volkskammer vertreten und hatten Gesetzesinitiative. Das Grundgesetz kennt diese Rechte nicht. **Sollen wir das vergessen?**

Der Begriff des Mangels wird in der Legende der Sieger mit der DDR verknüpft. Es stimmt, verglichen mit der BRD war das Angebot an Konsumgütern bescheiden. Wer sich jedoch in der Welt umgesehen hat, hat einen anderen Maßstab. Hatte die DDR einen Bildungsnotstand? Erfroren im Winter Obdachlose? Starben in der DDR Menschen, weil sie sich keine medizinische Versorgung leisten konnten? Die DDR garantierte allen Bürgern die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, die die Vereinten Nationen in einer Internationalen Konvention 1966 festgelegt haben. Diese Rechte waren in der Verfassung verankert und damit für jeden Bürger einklagbar. Das Grundgesetz kennt diese Rechte nicht. **Sollen wir das vergessen?**

Kurzum - wir sollen vergessen, worauf alle Bürger, die die DDR aufgebaut und mitgestaltet haben, stolz sein können: die Deutsche Demokratische Republik war die achtenswerteste Periode in der deutschen Geschichte.

Wir feiern heute - nach 70 Jahren - die Gründung der DDR. Es wird kein Fest des Andenkens an eine Verstorbene und keine nüchterne Bestandsaufnahme von etwas Vergangenen. Das hätte mit Geschichte, wie wir sie begreifen, nichts zu tun. Denn für uns ist wichtig zu erkennen, welche Momente in der DDR schon den Keim für eine menschliche Gesellschaft darstellten. Für künftige Versuche können wir dann auf diese 40 Jahre gelebte Erfahrung verweisen trotz aller Rückschläge, Fehlentscheidungen und an manchen Stellen auch Ungerechtigkeiten. Die Erinnerung an die DDR birgt auch nach 30 Jahren ihrer

Zerschlagung für die damaligen Sieger gefährlichen Sprengstoff. Nämlich dann, wenn die Alltagserfahrungen zu offensichtlich in Widerspruch zu den Legenden geraten.

In diesem Sinne wünsche ich unserer Festveranstaltung einen guten Verlauf und reiche das Mikrofon weiter an unseren Freund und Genossen Hans Bauer, dem Vorsitzenden der GRH, die seit Jahren zu unseren engsten verbündeten gehört.

Willenserklärung

des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.
zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR

Wir, die Teilnehmer an unserer heutigen Veranstaltung aus Anlass der 70jährigen Wiederkehr der Gründung des ersten deutschen Friedensstaates, der Deutschen Demokratischen Republik, melden Widerspruch zur gegenwärtigen Innen –und Außenpolitik der Bundesrepublik an.

Wir vermitteln die historische Wahrheit: Die Erhaltung und Festigung des Friedens war in der DDR im Verbund mit den sozialistischen Länder Staatsdoktrin. Die größte Gefahr für den Frieden in Europa entstand durch die Grenzöffnung vor 30 Jahren und die Zerschlagung dieses ersten deutschen Friedensstaates.

Wir fordern die in der DDR gültige Maxime „Vom deutschen Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen“ zur Maxime für ganz Deutschland zu machen.

Wir stellen fest, dass die Militärdoktrin der Bundesregierung, sich an den Interessen des Finanz- und Monopolkapitals ausrichtet. Junge Menschen dienen als Kanonenfutter für imperiale Ziele, zur Rohstoffsicherung und Unterdrückung anderer Länder. Sie werden durch scheinheilige falsche Versprechen und Lügen verführt, Waffen gegen andere Völker einzusetzen.

Wir fordern, Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und Stopp aller Waffenexporte. Zur Sicherung des Friedens in Europa sind gutnachbarliche Beziehungen zu Russland oberstes Gebot.

Fast 30 Jahre nach dem Beitritt ist Ostdeutschland zur Kolonie in Deutschland verkommen. Die wesentlichen Merkmale eines Kolonialsystems wurden durchgesetzt: das politische, juristische und wirtschaftliche System des „Mutterlandes“ wurde komplett übergestülpt; das Eigentum in Händen westlicher Konzerne und Bürger konzentriert; die Wirtschaft weitgehend zerstört und zur Zulieferung an die westlichen Konzerne degradiert; ausgebildete Arbeitskräfte sind millionenfach abgewandert; wirtschaftliche und soziale Leistung sind weit zurückgeblieben; die Kommandohöhen in der Politik, der Wirtschaft und der Verwaltung wurden durch Bürger aus den alten Bundesländern besetzt; die kulturelle Identität Ostdeutschlands wurde verfälscht und missachtet.

Wir fordern die Regierung auf, ihre Ankündigungen zum Stopp des Sozialabbaues und zur Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Bundesländern sowie die Achtung der Würde aller Menschen gemäß Einigungsvertrag und Grundgesetz umzusetzen.

Wir wenden uns gegen jede Form des Rechtsruckes, den sich daraus entwickelnden Faschismus und Rassismus sowie den Missbrauch des Flüchtlingselends für populistische volksverhetzende politische Ziele.

Wir stellen fest, dass die Krise des kapitalistischen Systems immer breiter um sich greift. Mit imperialer Machtpolitik versucht das deutsche Kapital, Krisenerscheinungen im eigenen Land auf Kosten anderer Länder zu bewältigen.

Wir fordern die Beendigung dieser Krisenpolitik und Solidarität mit allen von der Krise betroffenen Menschen in allen Ländern.

Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung
(GRH) e.V.,

Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer; Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel./ Fax : 030/2978 4225

o Internet: www.grh-ev.org

E-Mail: verein@grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 14.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

**Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09,
BIC BEVODEBB**